

Protokoll

25. Sitzung vom 14. Dezember 2020

rsa

Seite 560

Behörde	Gemeinderat
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 14. Dezember 2020, 19:00 Uhr – 21:20 Uhr
Sitzungsort	Kulturhalle Glärnisch, Glärnischstrasse 5
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats, 7 Mitglieder des Stadtrats und die Stadtschreiberin, der Ratssekretär und dessen Stellvertreterin sowie der Ratsweibel
Entschuldigte	-

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Budget 2021 und Festsetzung des Steuerfusses

(Die Traktandenliste wurde rechtzeitig am 4. Dezember 2020 in der ZSZ amtlich publiziert.)

(Keine Einwendungen gegen die Traktandenliste.)

1. Mitteilungen

(Gemeinderatspräsident Ernst Grand begrüsst die Anwesenden herzlich zur heutigen Gemeinderatssitzung.)

1.1 Eingänge

- Bericht und Antrag zum Budget 2021
- Postulat der CVP-Fraktion, vom 23. November 2020, betreffend Nachspitex in Wädenswil
- Interpellation der SVP-Fraktion, vom 23. November 2020, betreffend Auswirkungen der kantonalen Abstimmung vom 27. September 2020 über das Strassengesetz und das Zusatzleistungsgesetz
- Beantwortung der Schriftlichen Anfrage von Hans Roth, SP, vom 14. August 2020, betreffend individuellen Bezug von Biogas

- Beantwortung des Postulats der FDP-/GLP-Fraktion, vom 28. Juni 2019, überwiesen am 30. September 2019, betreffend Recycling am Bahnhof und anderen Plätzen mit grossem Publikumsverkehr
- Interpellation FDP/GLP

1.2 Besucher

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Wie aus der Einladung entnommen werden konnte, wären Besucher grundsätzlich erlaubt gewesen, wenn sie sich vorgängig anmelden. Heute Nachmittag hat es nochmals eine Mitteilung gegeben und es sind aufgrund von Corona strengere Massnahmen erlassen worden. Somit haben wir allen Besuchern nachträglich absagen müssen. Wir sind jedoch der Meinung, dass das Öffentlichkeitsprinzip durch die Vertretung der Presse genügend gewährleistet ist.

10.07

2. Budget 2021 und Festsetzung des Steuerfusses

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Gemäss Artikel 25 Absatz 2 unseres Reglements muss der Gemeinderat auf das Budget eintreten. Damit entfällt eine Eintretensdebatte.

Mit dem Bericht und Antrag zum Budget beantragt eine Mehrheit der GRPK das Budget zurückzuweisen. Gemäss Artikel 28 des Geschäftsreglements Gemeinderat sind Ordnungsanträge, z.B. Rückweisungsanträge, vor dem Hauptantrag zu behandeln. Zudem hat die Mehrheit der GRPK einen Antrag auf Rückweisung gestellt. Das Büro erachtet den Rückweisungsantrag der GRPK in diesem Sinne als Ordnungsantrag und hat entschieden, diesen zuerst zu behandeln.

(Auf Nachfrage von Gemeinderatspräsident Ernst Grand gibt es dagegen von Christian Gross, SP, Einwände. Damit ist die Diskussion automatisch eröffnet).

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ich beantrage, dass die Budgetdebatte ordentlich geführt und erst am Schluss entschieden wird, ob es eine Rückweisung gibt oder nicht.

Dieses Jahr haben wir nämlich schon allerhand erlebt. Die Arktis brannte. Das erste Mal seit 100 Jahren hatten wir wieder eine Pandemie. Zum ersten Mal, soviel ich weiss, gibt es in Wädenswil einen Antrag auf eine Budgetrückweisung und zum ersten Mal werden Kürzungsanträge über die Zürichsee-Zeitung statt über die zuständige Kommission kommuniziert. Ich stehe Neuem wirklich sehr offen gegenüber, aber ich glaube, das ist genug Neues. Wollen wir wirklich auch noch das erste Jahr, in welchem keine eigentliche Budgetdebatte stattfindet? Wie soll über eine Budgetrückweisung diskutiert werden, ohne vorher das Budget und die einzelnen Abteilungen vertieft zu behandeln? Was für ein Signal geben wir damit dem Stadtrat? Wie soll der Stadtrat wissen, was die rechtsbürgerliche Mehrheit vom Budget hält, wenn der Gemeinderat die Diskussion zum Budget schlichtweg abklemmt? Darum bitte ich euch, völlig egal wie ihr zur Frage der Budgetrückweisung steht, lässt wenigstens eine Diskussion über das Budget und die einzelnen Abteilungen zu. Parlament kommt

vom lateinischen Parlamentum, also Diskussion. Also diskutieren wird doch. Sagen wir doch, was uns stört und was wir ändern wollen. Verweigert euch nicht einer Diskussion und stimmt dem Antrag bitte zu.

Mitglied der GRPK, Cornelia Dätwyler, FDP: Der Stadtrat hat in seinem Vorwort zum Bericht des Budgets richtigerweise darauf hingewiesen, dass in der heutigen wirtschaftlich schwierigen Zeit ein entschiedenes Eingreifen erforderlich ist. Aber ganz sicher nicht auf die von ihm vorgeschlagene Art und Weise. Im Gegenteil, wenn schon die grosse Mehrheit der Bevölkerung unter den herrschenden Verhältnissen leidet, sind erhöhte Ausgaben für die Verwaltung das Unsinnigste, was man machen kann; insbesondere dann, wenn das noch mit einer Erhöhung des Steuerfusses finanziert werden muss. Eigentlich müsste man mit Rücksicht auf die Wirtschaftslage die Steuern senken. Aber wegen der hohen Verschuldung, die der Stadtrat und die linken Parteien noch anwachsen lassen wollen, bleibt nichts Anderes übrig, als den Steuerfuss auf dem heutigen Niveau zu belassen. Aber ein Budget, das so quer in der Landschaft steht, muss dringend zurückgewiesen werden.

Nur nebenbei: Vom Stadtrat ist der Bevölkerung versichert worden, dass es nach der Gemeindefusion zu keiner Steuererhöhung kommen werde. Man werde Synergien nutzen und Verwaltungen zusammenlegen – offenbar ein blosses Lippenbekenntnis.

Von der linken Seite wird die Rückweisung des Budgets, wie man liest, als Arbeitsverweigerung abqualifiziert. Meine Damen und Herren, wenn der Stadtrat sich nicht die Mühe macht, ein Budget vorzulegen, das der heutigen schwierigen Situation angepasst ist und sich auch nicht die Mühe macht, die dringend notwendigen Einsparungen zu erarbeiten, ist diese Verweigerung als Arbeitsverweigerung oder noch schlimmer, als unverantwortliche Unterlassung anzuschauen.

Das Budget muss gar nicht erst diskutiert werden. Denn es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderats, ein brauchbares Budget zu erstellen. Auch besteht seitens der GRPK ein Mehrheitsantrag auf Rückweisung. Dieser ist gemäss Geschäftsreglement zuerst zu behandeln. Sollte der Gemeinderat aus unerklärlichen Gründen trotzdem zuerst das Budget diskutieren wollen, so sind wir übrigens schon in der Lage, ein paar dringend notwendige Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Situation aufzuzeigen.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Das vorliegende Budget ist realistisch. Es berücksichtigt die finanziellen Folgen der Corona-Pandemie und die gesamte wirtschaftliche Situation. Der Gemeinderat ist das Budgetorgan. Es ist seine Aufgabe, das Budget mittels Änderungsanträgen zu gestalten und festzusetzen. Mit einer Rückweisung, ohne vorgängige Diskussion, entzieht sich meiner Meinung nach der Gemeinderat seiner Aufgabe. Die pauschale Rückweisung des Budgets bringt niemanden etwas. Es kommt zu einer aufwändigen Überarbeitung durch den Stadtrat und die Verwaltung. Ich bitte Sie zu überlegen, ob dies auch sinnvoll ist. Denn kurzfristig ist unser Spielraum klein. Es wäre zielführender, wenn wir wüssten, ob die Forderungen, die im Raum oder den Medien stehen, auch mehrheitsfähig sind. Ich denke, das sind wir den Einwohnerinnen und Einwohnern von Wädenswil schuldig.

Im Falle einer frühzeitigen Rückweisung findet die Diskussion im Parlament nicht statt. Es sollten alle Parteien die Gelegenheit haben, sich zu äussern, wo sie weniger oder allenfalls

mehr Leistungen haben möchten. Hinter den Zahlen des Budgets geht es ja immer um konkrete Leistungen und Aufgaben der Stadt.

Wenn man sich mit dem Budget auseinandersetzt, ist das natürlich ein gewisser Aufwand für einen Milizpolitiker. Darum stellt der Stadtrat bereits Anfangs Oktober das Budget zur Beratung zur Verfügung. Ich habe aber den Eindruck erhalten, dass sich einige jedoch gar nicht erst mit dem Budget im Detail auseinandersetzen wollen, sondern sich bereits von Anfang an zu einer ablehnenden Haltung entschieden haben. Eigentlich hat der Stadtrat eine grosse Menge von Anträgen erwartet, die darlegen, wo man Leistungen abbauen oder allenfalls beibehalten möchte und wo weniger Investitionen getätigt werden sollen. Leider fehlen im Bericht und Antrag der GRPK auch jegliche Aussagen zu den Leistungsaufträgen mit Globalbudgets. Aber genau über diese Leistungsaufträge wird das Leistungsangebot der Stadt beschrieben und mit den entsprechenden Ausgaben und Einnahmen bewilligt.

Darum bitte ich Sie, über das Budget zu diskutieren und wenn es gewünscht wird, den Antrag zur Rückweisung am Schluss zu behandeln. Trotz allen Emotionen und Positionen wünsche ich mir heute Abend, dass es möglich sein sollte, eine konstruktive und zielführende Diskussion zu führen.

Thomas Koch, FDP: Ich habe das Geschäftsreglement mit nach vorne genommen und zitiere daraus Artikel 28 Ordnungsantrag: "Wird ein Ordnungsantrag gestellt, z.B. ein Antrag auf Rückweisung, wird die Beratung des Hauptgegenstands bis zur Erledigung des Ordnungsantrags ausgesetzt." Der Hauptgegenstand ist klarerweise das Budget und der Ordnungsantrag Rückweisung steht im Raum. Wir können gar nicht anders, liebe Kolleginnen und Kollegen, als zuerst über den Ordnungsantrag abzustimmen.

Abstimmung über den Antrag von Christian Gross, das Budget zuerst zu behandeln (mit Stimmzählern)

Der Rat lehnt den Antrag, das Budget zuerst zu behandeln, mit 17:18 Stimmen ab.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Da der Rückweisungsantrag von uns als Ordnungsantrag gemäss Artikel 28 angesehen wird, hat das Wort ein Vertreter der Mehrheit der GRPK. Weil es eine wichtige Debatte ist, wir uns jedoch im Ordnungsantragsbereich befinden, sind wir mit der Sprechzeit etwas toleranter. Normalerweise beträgt die Redezeit 5 Minuten. Ich bin jedoch der Meinung, dass wir zu diesem wichtigen Thema bis 10 Minuten Redezeit zulassen sollen.

Mitglied der GRPK, Angelo Minutella, GLP: Der Personalaufwand steigt seit der Fusion um CHF 4.4 Mio., im ersten Jahr nach der Fusion waren es bereits CHF 1.0 Mio., und jetzt weitere CHF 3.4 Mio. Mit anderen Worten, trotz Krise will die Stadt weitere 30 bis 40 Vollzeitstellen schaffen, statt den Gürtel enger zu schnallen. Dafür verlangt der Stadtrat weitere 4 Steuerprozent, die nicht einmal die Personalwachstumskosten abdecken, sondern auch

noch einen Jahresverlust von CHF 4.4 Mio. generieren. So steuern wir auf einen Schuldenberg von fast CHF 100 Mio. zu und die Pandemiekosten sind hier noch nicht einmal vollständig miteingerechnet, weil dieses Budget nach der ersten Corona-Welle erstellt worden ist und wir alle gehofft haben, der Spuck sei dann vorbei.

So frage ich Sie, wie Sie das Budget der Gastro-, Taxi- Kultur- und Hotelbranche, überhaupt dem lokalen Gewerbe, den Kurzarbeitern und den Gekündigten erklären, dass die Stadt das Personal um 8.3% aufstocken will? Die beantragten 4 Steuerprocente genügen dafür nicht und die Verschuldung wird so hoch, dass wir jahrzehntelang dafür bezahlen werden.

Im Vorwort zum Budget 2021 erwähnt der Stadtrat, dass die Coronakrise ihre Spuren hinterlässt. Hier noch einmal ernsthaft die Frage: Wie kann es denn sein, dass die weltweite Pandemie, die die Schweiz hart getroffen hat, in keiner einzigen Bezirksgemeinde, auch nicht in einer Seegemeinde, nicht einmal in der Stadt Zürich, zu einer Steuerfusserhöhung geführt hat?

Wenn der Stadtrat die Buchungsregeln zum Ressourcenausgleich ändert und Corona vorschiebt, um das schlechte Jahresergebnis zu begründen, versucht er von einem anderen Problem abzulenken. Das Hauptproblem unserer Stadt sind die seit der Fusion exorbitant wachsenden Personalaufwände. Im Vergleich zur Rechnung 2019 wird CHF 4.4 Mio. mehr für Personal ausgegeben. Wenn Sie jetzt die Abteilung „Werke“ und „Alterszentrum Frohmatt“ ausklammern, die einerseits gebührenfinanziert und andererseits Einnahmen durch Entgelte generieren, dann sieht die Situation noch schlechter aus. Die Personalaufwände steigen um satte 8.7%, das wären für die letzten zwei Jahre im Schnitt je 4.3%. Wie haben denn die Wachstumsraten für Personalaufwände früher ausgesehen? Zwischen 2010 und 2018 hat die durchschnittliche Rate bei 2% gelegen, was bereits deutlich mehr ist als die durchschnittliche Teuerungsrate von 0.5%. Sie sehen, dass sich die Wachstumsrate im Personalaufwand seit der Fusion mehr als verdoppelt hat. Mit welchen Personalwachstumsraten glauben Sie, rechnet der Stadtrat in den nächsten 4 Jahren? Im Finanzentwicklungsplan 2021-2024 plant er weiterhin mit unrealistischen 1%, die in den vergangenen 10 Jahren nie eingehalten werden konnten.

Die unangenehme Wahrheit ist: Die Stadt hat seit der Fusion 2019 die Kostensteigerungen überhaupt nicht im Griff. Der Stadtrat weicht der Diskussion zu diesen Kosten aus. Seit einem Jahr warten wir auf die Antwort zu den Fusionskosten, die gemäss Geschäftsreglement innerhalb von drei Monaten erfolgen sollte. Er verletzt bewusst unsere Gemeindeordnung, weil die Wahrheit unangenehm ist. Ich zitiere Philipp Kutter zum Thema Fusion: „...Einsparungen sind eingerechnet.“, „...Synergien genutzt...“, „...finanzielle Mehrbelastung vermieden..“, „... die Fusion sollte keine Steuerfusserhöhung nach sich ziehen...“. Dies kann alles in der ZSZ oder in den Protokollen der Gemeinderatssitzungen nachgelesen werden. Wenn der Stadtrat verspricht, dass keine Mehrbelastung durch die Fusion erfolgen sollte, dann gelingt dies nur durch eine Effizienzverbesserung oder durch Prozessoptimierungen. Dafür hat der Kanton auch CHF 7.6 Mio. zur Verfügung gestellt. Die GLP hatte bereits vor der Fusion die Modellrechnung angezweifelt und sich für eine detailliertere Prüfung ausgesprochen. Der Stadtrat hatte jedoch beschwichtigt und meinte, dass, ich zitiere nochmals Philipp Kutter: "Die Modellrechnung detailliert betrachtet und eher konservativ budgetiert" wurde und "die Hausaufgaben gemacht und die gesetzten Ziele" erreicht worden seien. Wie soll denn ohne

Optimierung und Effizienzverbesserungen der Steuerfuss von Wädenswil beibehalten werden können, wenn derjenige von Schönenberg vor der Fusion um 8% und der von Hütten um 27% höher lagen?

Wie soll die Primarschule, die bezirkweit höchsten Schulaufwände pro Schüler der Hütten- und Schönberger Schülern in den Griff bekommen, ohne Optimierung ihrer Ablauforganisation? Wieso bläst die Primarschule ihre Organisation auf, bevor sie überhaupt weiss, wo der Kostenschuh wirklich drückt? Die Fragen bleiben, Antworten haben wir keine, weder von der Stadt noch von der Schule, obwohl der Stadtrat vor 12 Monaten vom Parlament damit beauftragt worden ist. Es liegt jetzt am Stadtrat aufzuzeigen, wie und wo die Effizienzverbesserungen stattgefunden haben oder geplant sind, damit die ursprünglichen Versprechungen eingehalten werden können. Es liegt nicht am Gemeinderat dutzende von Anträgen zu wiederholen, die er bereits mehrfach in den vergangenen Jahren gestellt hat, um das Budget wieder ins Lot zu bringen.

Auch der Stadtrat ist sich bewusst, dass, ich zitiere: "...wir uns zu viel leisten, im Verhältnis zu unseren Möglichkeiten." Die beantragte Steuererhöhung von 4% wird das Problem allein nicht lösen, sondern bloss die erste sein einer ganzen Reihe von Steuererhöhungen. Die unbekanntenen Coronakosten durch Ertragsminderungen sind hier noch nicht einmal vollständig eingerechnet. Im Gegenteil, die Stadt plant im 2021 mit zusätzlichen CHF 2 Mio. Steuereinnahmen. Dabei wissen wir bereits heute, dass die Hochrechnung für das Jahr 2020 deutlich schlechter abschliessen wird als ursprünglich budgetiert.

Dieses Budget ist ein Affront gegenüber den Stimmbürgern, die dem Fusionsversprechen geglaubt hatten, und gehört zurückgewiesen. Es würde beim Steuerzahler nur verständnisloses Kopfschütteln auslösen. Denn es darf mit Recht erwartet werden, dass die Stadt gerade in diesen ausserordentlichen Zeiten noch einmal die Ärmel hochkrempelt.

Den grössten Schaden richten jedoch jene Gemeinderäte an, die glauben, das masslose Budget durchwinken zu müssen, aber der Steuererhöhung nicht zustimmen wollen. Der Wahlkampf hat doch noch gar nicht angefangen und so bleibt dieses inkonsequente Verhalten der CVP, die auf ihrer Homepage mit dem Zitat „tragfähige Lösungen zum Wohl des Mittelstandes und der Familien“ wirbt, nur eines, ein Mysterium.

Wie glauben die anderen zu meiner Linken, den Haushalt wieder ins Lot zu bringen, wenn 4 Steuerprozent nicht genügen? Warum beantragen Sie nicht zusätzliche 6%? Dies entspricht einem Jahresverlust, um einen ausgeglichenen Haushalt anzustreben. Mit viel Glück würden am Schluss 10 Steuerprozent knapp genügen, um eine schwarze Null zu erreichen. Damit haben wir aber noch nicht den Schuldenberg gestemmt. Wenn Sie CHF 100 Mio. innerhalb einer Generation, das heisst, innert 25 Jahre abschreiben wollen, müssen Sie jährlich zusätzliche 6 Steuerprozent aufwenden.

Liebe SP und Grüne und andere, seien sie ehrlich und erklären sie diesem Parlament, warum sie nicht die gewaltige Steuerfusserhöhungssumme von plus 10% und 6%, also 16% beantragen, damit die Investitionen bis Ende 2024 gesichert sind und das Leistungsangebot aufrechterhalten werden kann. Wenn sie nicht deutlich zu einem sehr hohen Steuersatz ja

sagen, dann lassen sie doch den Steuerzahler und ihre Wähler wissen, ob sie jetzt die Investitionen massiv reduzieren, das Leistungsangebot einschränken oder ihren Nachkommen einen Schuldenberg hinterlassen wollen. Wenn sie wissen, dass ein Steuerprozent etwa CHF 700'000 mehr Steuereinnahmen generieren, können sie dieses Budget rechnen wie sie wollen, es wird nicht im 2021 und auch nicht im 2022 und auch nicht in den Folgejahren reüssieren.

Ich stelle den Ordnungsantrag, dass über die Rückweisung mit Namensaufruf abgestimmt wird.

Mitglied der GRPK, Eric Schenk, CVP: Die Nettoverschuldung der Stadt Wädenswil wird im Jahr 2024, also in etwa drei Jahren auf CHF 82 Mio. ansteigen. Das ist so eine grosse Zahl, dass man einen Taschenrechner benötigt, um das pro Einwohner berechnen zu können. Das habe ich gemacht und komme auf ein Resultat, das einfach nur erschreckend ist. Insgesamt wären das CHF 3'300 pro Einwohner. Mit dieser Verschuldung katapultiert sich die Stadt Wädenswil in die Top 5 von insgesamt 162 Gemeinden im Kanton Zürich. Um die Verschuldung abzubauen braucht es nicht nur eine Generation, sondern zwei. Also betrifft es nicht nur mich ganz persönlich, sondern auch meine Nachkommen. Eine solche Bürde einer weiteren Generation aufzuerlegen ist nicht nur verantwortungslos, sondern rücksichtslos gegenüber all denen, die nichts dafür können. Darum nutze ich hier meine Chance, um für meine Generation und in meinen Augen das Richtige zu machen, für diese einzustehen, die in meinem Alter sind und all jene, die davon am stärksten betroffen sind oder noch sein werden. Denn auch die jüngere Generation hat einen Überblick über diese Situation und versteht, in welcher Lage wir uns befinden.

Die vorgeschlagenen 4% Steuererhöhung genügen nicht einmal um die Investitionsvorhaben abzuschreiben. Der Steuerfuss müsste also so weit erhöht werden, dass ich kaum glauben kann, dass das politisch durchsetzbar wäre. Es würde sich um eine zweistellige Zahl handeln. Das Budget 2021 steht auf keinem soliden Fundament und sollte schlicht und einfach nachhaltig und haushälterisch sein. Darum gehört es zurückgewiesen. Ich möchte nochmals erwähnen, wie wichtig es ist, das Budget zurückzuweisen. Der Crash ist vorprogrammiert und muss jetzt verhindert werden. Wenn das Budget tatsächlich angenommen wird, dann müsste auch die Steuererhöhung angenommen werden. Sonst wird über ein unmögliches Budget abgestimmt, wo keine zusätzlichen Ertragseinnahmen drin sind. Mit der Rückweisung bitte ich den Stadtrat, die Herausforderung ernst zu nehmen, und die Lage in den Griff zu bekommen sowie klare Prioritäten zu setzen.

Mitglied der GRPK, Ulrich Reiter, Grüne: In den vergangenen 15 Jahren wurden die Steuern insgesamt um 10%-Punkte gesenkt. Gleichzeitig wurde in Wädenswil viel investiert, um Schulbauten und Heime zu sanieren und zu ersetzen oder z.B. die IT-Infrastruktur auf- und auszubauen. Der Grundsatz, dass sich steigende Investitionen in steigenden Erträgen, sprich Steuerfusserhöhung, spiegeln müssen, wie es das alte Kantonsgesetz vorgesehen hat, wurde dabei fleissig ignoriert. Jetzt hören wir, dass durch Sparanstrengungen nach Mehrheit der GRPK die Investitionen ausgeglichen werden müssen. Einer Gemeinde ist es aber nicht möglich, einfach ein paar defizitäre Bereiche abzustossen, Aufgaben zu streichen oder die Belegschaft zu reduzieren. Es braucht also zusätzliche Mittel, um die Investitionen und die hohen Ausgaben zu stemmen.

Vor einem Jahr haben wir bereits in der Budgetdebatte über eine Steuererhöhung diskutiert. Damals wurde diese Erhöhung um 2%-Punkte vom Stadtrat als Brückierung der Steuerzahler gesehen und vom Gemeinderat zurückgewiesen. Nun stellt der gleiche Stadtrat fest, dass massiver Nachholbedarf besteht, welcher sich in der Erhöhung des Steuerfusses um 4%-Punkte niederschlägt. Ein weiterer dramatischer Anstieg der Verschuldung, wie wir gehört haben, kann damit nicht einmal verhindert werden. Zudem ist es absehbar, dass die Verschuldung weiter zunimmt und der Investitionsbedarf hoch bleibt. Wie schon an gleicher Stelle von uns verschiedentlich angemahnt worden ist, entstehen in den kommenden Jahren mehr als 500 Wohnungen, welche entsprechende Infrastrukturkosten nach sich ziehen werden. Sei das bei Schulbauten, der Kinderbetreuung oder anderen Diensten für die Bürgerinnen und Bürger. Es ist also angebracht, die langfristige Planung in den Vordergrund zu stellen und die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen. Dass es notwendig ist, an verschiedenen Stellen auch zu sparen, ist uns bewusst und das schliessen wir auch nicht aus. Es reicht aber nicht, wie wir bereits gehört haben, um mittelfristig den Budgetausgleich herzustellen. Es gibt genügend Bereiche, bei denen entsprechend gespart werden kann. Weil wir nun aber keine Diskussion zum Budget haben, kann auch das Sparpotenzial nicht aufgezeigt werden.

Die Rückweisung des Budgets ist unseres Erachtens deshalb ein absolut destruktiver Vorgang, den wir strikt ablehnen. Wir lösen damit keine Probleme. Da wir von den bürgerlichen Parteien auch keine Vorschläge gehört haben, wie und wo die Kosten eingespart werden sollen. Darüber hinaus führt die Budgetrückweisung zu einem Quasi-Stillstand der öffentlichen Verwaltung Anfang nächsten Jahres, mit spürbaren Auswirkungen für das lokale Gewerbe, die Bevölkerung und die Mitarbeitenden der Gemeinde. Gerade heute muss Politik jedoch konstruktiv sein und die Bürgerinnen und Bürger müssen die Beschlüsse der Politik nachvollziehen können. Bei einer Rückweisung ist das nicht gegeben. Wir setzen uns für eine konstruktive Politik ein und lehnen den Rückweisungsantrag ab.

Mitglied der GRPK, Judith Fürst, SP: Mit Besorgnis schaut unsere Fraktion auf die momentane Finanzlage der Stadt. Noch schlimmer sieht es aus, wenn wir in die Zukunft schauen. Die mittelfristigen Finanzaussichten sind nicht nur schlecht, sondern miserabel. Über Jahre sind in unserer Stadt Steuern gesenkt und Einsparungen gemacht worden. Man hat notwendige Investitionen und Personalaufstockungen über mehrere Jahre hinausgeschoben. Wenn man aber jahrelang am falschen Ort spart, holt einem die Realität irgendwann ein. So gibt es bei Reparaturen plötzlich böse Überraschungen und Personal muss überall gleichzeitig eingestellt werden, weil die Verwaltung an den Anschlag kommt. Auch die Leistungen wie wir sie in Wädenswil gewohnt sind, können nicht mehr gleich gut erbracht werden. Die Linken warnen seit Jahren, dass eine solche Finanzpolitik nicht aufgehen kann und die Verschuldung stetig steigt. Wir haben es in den letzten zehn Jahren gesehen: immer weniger Steuereinnahmen und mehr Ausgaben trotz Sparmassnahmen führen nicht zum gewünschten Ergebnis. Endlich hat auch der Stadtrat erkannt, dass es nicht reicht, nur bei den Ausgaben zu schrauben, es braucht auch mehr Einnahmen.

Ich möchte noch etwas zur Primarschule sagen, die in letzter Zeit immer wieder in der Kritik steht. Es ist wahr, die Abteilung Schule und Jugend hat Jahr für Jahr steigende Kosten. Im Vergleich zu den Nachbargemeinden hat die Schule und Jugend mit Abstand die höchsten

Ausgaben pro Schüler. Trotzdem ist das nur die halbe Wahrheit. Wenn man von der Abteilung Schule und Jugend spricht, dann sind in diesen Zahlen auch die Freizeitanlage und die Dienststelle Soziokultur eingerechnet. Es ist nicht fair, dass der gesamte Aufwand von der Abteilung mit den Schülerzahlen in Zusammenhang gebracht wird. Beim genaueren Hinschauen stellt man ebenfalls fest, dass der grösste Anstieg beim Aufwand nämlich im Jahr 2019 auf die Umstellung der Rechnungslegung und der Eingemeindung zurückzuführen ist. Ich finde es ziemlich fragwürdig, dass gewisse Gemeinderäte mit Zahlen argumentieren, die nicht vergleichbar und teilweise sogar nicht mal korrekt sind. Die Primarschule hat trotz allen Anschuldigungen die Kritik angenommen und arbeitet jetzt an einer Kostenanalyse. Lassen wir sie doch daran arbeiten.

Nun komme ich noch zur Budgetrückweisung. Die Aufgabe des Gemeinderats ist es, das Budget zu prüfen und gegebenenfalls Anträge zu stellen, wenn man mit gewissen Ausgaben nicht einverstanden ist. Jeder von euch Gemeinderäten hat die Möglichkeit einen Antrag zu stellen. Wenn ihr wollt, dass die Ausgaben noch mehr gekürzt werden, dann müsst ihr klar bekennen, wo genau Leistungen gekürzt werden sollen. Keiner von euch, der dieses Budget zurückweisen will, hatte aber den Mut gehabt, den Rotstift selbst anzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Lieber gebt ihr den Ball zurück an den Stadtrat, der nun alles ausbaden soll. Von der Primarschule fordert ihr eine Kostenanalyse. Mit der Rückweisung ist aber diese Kostenanalyse nicht mehr möglich. Wie bitte sollen sie also eure Forderung erfüllen? Zudem wollt ihr einen Einstellungsstopp beim Personal. Wie aber soll die Stadt ihre Aufgaben erfüllen, wenn neben zunehmender Bevölkerung und mehr Schulhäuser die Arbeitsstunden stetig steigen? Ihr fordert von der Stadt ein ausgeglichenes Budget ohne die Steuern zu erhöhen. Das bedeutet, ihr wollt, dass die Abteilungen in den kommenden Monaten CHF 17 Millionen aus dem Budget streichen. Ein Plan für diese Umsetzung habt ihr aber auch nicht. Es ist scheinheilig zu sagen, ihr möchtet mit der Rückweisung den Stadtrat unterstützen. Vielmehr blockiert ihr die Stadt und die Verwaltung bei ihrer Arbeit. Es dauert Monate, bis ein neuer Voranschlag präsentiert werden kann. Alle nicht dringenden Ausgaben werden gestrichen. Der Ausgabestopp wird auch das Gewerbe hart treffen und Vereine und Kultur müssen auf ihre Zuschüsse verzichten. Genau jetzt, in einer Zeit, in welcher mit Covid19 schon genug Unsicherheit herrscht. In dieser Zeit werden wohl in mehreren Abteilungen Juristen prüfen müssen, welche Ausgaben noch getätigt werden dürfen. Es wird zu unnötigen Ausgaben kommen und die Probleme werden nicht weniger, eher mehr. Wer das Budget heute zurückweist, schadet der Stadt, entzieht sich bewusst einem Dialog und übernimmt keine Verantwortung als gewählter Parlamentarier.

Ich habe Vertrauen in den Stadtrat und in die Abteilungen, dass sie in den nächsten Monaten die Leistungen genau überprüfen werden und eine Kosten-Nutzen-Analyse gemacht wird, damit wir im Parlament künftig gemeinsam vernünftig darüber diskutieren können, welche Angebote wir uns leisten wollen. Unsere Fraktion sagt Ja zum Budget und fordert Sie heute alle auf, vernünftig zu handeln und den Voranschlag anzunehmen.

Mitglied der GRPK, Martin Schlatter, EVP: Als Vertreter der EVP-Fraktion möchte ich fünf Gründe nennen, wieso sich unsere Fraktion vehement gegen die Rückweisung des vom Stadtrat vorgelegten Budgets ausspricht.

1. Steigerung Personalaufwand rechtfertigt nicht eine Rückweisung des Budgets

Die Steigerung des Personalaufwands wird im Bericht der GRPK und insbesondere von der bürgerlichen Allianz kritisiert. Es ist aber entscheidend, aus welcher Optik eine solche Entwicklung betrachtet wird. Betrachtet man die Erhöhung von den CHF 3.5 Mio. gesamthaft? Oder eine Erhöhung von lediglich CHF 1.87 Mio., wenn man die selbstfinanzierenden Werke und das Alterszentrum Frohmatt ausklammert, wie das auch im Bericht der GRPK steht? Warum überhaupt wird der Personalaufwand isoliert betrachtet? Wird der Personalaufwand, mit Ausklammerungen, zusammen mit dem entsprechenden Minderaufwand von CHF 1.52 Mio. im Sach- und übrigen Betriebsaufwand betrachtet, beträgt die entsprechende Aufwandssteigerung nur noch CHF 0.35 Mio., also gerade 10 Mal weniger, als die erschreckenden CHF 3.5 Mio., mit denen der Stadtrat geprügelt wird. Es kommt halt schon darauf an, dass man das Zahlenmaterial gründlich analysiert. Nicht die Steigerung des Personalaufwands ist das Problem, sondern die sehr einseitige Betrachtungsweise. Darum darf das Budget nicht wegen des Personalaufwands zurückgewiesen werden.

2. Keine Zurückweisung des Budgets wegen der Primarschule

Besonders die Schule wird in der FDP/GLP-Interpellation für die angeblich ungebremste Kostenentwicklung an den Pranger gestellt. Dies ist aus Sicht der EVP eine pauschale und undifferenzierte Kritik. Am vergangenen Samstag hat mich eine Lehrerin angerufen und mir gesagt, dass sie einfach nicht nachvollziehen könne, dass die Primarschule Wädenswil die teuerste Schule im ganzen Bezirk sei, wie es in der Zürichsee-Zeitung stand. Sie denkt, dass die Primarschulen in Rüslikon und Kilchberg teurer seien. In Wädenswil könne man nur davon träumen, welche grosse Ressourcen z.B. für DAZ in Rüslikon und Kilchberg zur Verfügung stehen. Ich habe versucht, die Kosten pro Schüler für die Primarschule Rüslikon, Kilchberg und Wädenswil zu berechnen, natürlich mit Excel, und bin zum Schluss gekommen, dass dies aus den statistischen Angaben des Kantons gar nicht möglich ist, da sich die Bildungskosten bei den anderen Bezirksgemeinden nicht in Primarschule und Sekundarschule auftrennen lassen. Ich habe danach eine sehr grobe Kennzahl Bildungskosten pro Einwohner im Jahr 2019 genommen und mit den anderen Bezirksgemeinden verglichen. Wädenswil würde bei einer solch rudimentären Betrachtung tatsächlich an der Spitze stehen. Nicht alle Einwohner einer Gemeinde gehen aber zur Schule, sondern nur die Schüler. Daher habe ich mir die Mühe genommen und die Bildungskosten 2019 durch die Anzahl Schüler 2019 geteilt. Und siehe da, Wädenswil steht plötzlich nicht mehr auf Rang 1, sondern auf Rang 4. Die höchsten Bildungskosten pro Schüler im Jahr 2019 verzeichnet Oberrieden, gefolgt von Kilchberg und Rüslikon. Die Lehrerin hat als doch Recht gehabt.

An dieser Stelle möchte ich übrigens im Namen der EVP allen Lehrerinnen und Lehrern und einfach allen Mitarbeitenden der ganzen Stadtverwaltung für den riesigen, täglichen Einsatz ein grosses Lob und Dankeschön aussprechen. All diese Anstrengungen gehen leider im Bericht der GRPK unter, sorry. Natürlich auch dafür, wenn die Schule kritisiert wird, dass sie angeblich viel zu wenig effizient arbeitet, ohne dass dies jedoch näher begründet wird.

3. Es ist absolut unrealistisch vom Stadtrat zu verlangen, dass er innerhalb von ein paar Wochen CHF 17 Mio. im Budget inklusive Investitionen spart

Mit der Rückweisung ist die Forderung im Bericht der GRPK verbunden, das Budget 2021 so zu verbessern, dass es inklusive Investitionen ausgeglichen ist. Was heisst das? Ein Budget der Erfolgsrechnung enthält sonst im Normalfall die Abschreibungen der Investitionen. Wenn nun von der bürgerlichen Allianz ein ausgeglichenes Budget inkl. Investitionen verlangt wird, kann damit nur der Finanzierungsfehlbetrag gemeint sein. Der Finanzierungsfehlbetrag des allgemeinen Steuerhaushalts beträgt CHF 14 Mio. Er erhöht sich ohne Steuerfusserhöhung sogar auf CHF 17 Mio. Das ist die Zahl, die vorher Judith Fürst erwähnt hat. Dies bedeutet, dass der Stadtrat innerhalb weniger Wochen CHF 17 Mio. einsparen müsste. Auch wenn man von einem ausgeglichenen Budget der Erfolgsrechnung ohne Steuerfusserhöhung ausgeht, müsste der Stadtrat innerhalb weniger Wochen CHF 7.4 Mio. einsparen. Diese Zahlen zeigen, wie unrealistisch der Rückweisungsantrag ist.

4. Eine Rückweisung des Budgets führt zu einem Notbudget mit gravierenden Folgen

Die Rückweisung des Budgets führt zwangsläufig zu einem Notbudget mit grosser Rechts- und Planungsunsicherheit für sehr viele Beteiligte, auch für das Gewerbe. Die EVP befürchtet durch die Rückweisung ein grosses Fiasko in der Stadtverwaltung, welches in keinem Verhältnis zu den überhaupt realisierbaren Verbesserungen im Budget steht. Nur schon die grossen erforderlichen Ressourcen zur Etablierung des Notbudgets und die Analyse, wie das Budget überhaupt verbessert werden soll, generiert unnötige Verzögerungen bei der geplanten Aufgaben- und Leistungsüberprüfung, ohne die eine seriöse und nachhaltige Verbesserung des Budgets gar nicht möglich ist. Zudem ist mit Frustration und Demotivation beim Personal zu rechnen, dabei wäre aber die Stadt gerade beim Sparen weiterhin auf motiviertes Personal angewiesen.

5. Zum Schluss noch ein Wort zur Corona-Epidemie und zum Steuerfuss

Die Rückweisung des Budgets empfindet die EVP-Fraktion als destruktiv in einer Zeit, in welcher allein schon die stark anrollende Covid19-Pandemie eine sehr grosse Herausforderung für die Stadt darstellt. Die EVP-Fraktion stellt sich daher entschieden hinter den Stadtrat und gegen eine Rückweisung des Budgets 2021. Die vom Stadtrat nun vorgesehene Steuererhöhung von 4% führt bis 2024 zu einem Mehrertrag von insgesamt CHF 12 Mio. Damit wird nicht einmal der zu erwartende Mehraufwand respektive Minderertrag aufgrund der Covid19-Pandemie ausgeglichen. Die EVP-Fraktion steht ganz klar hinter der Erhöhung des Steuerfusses um 4%.

Mitglied der GRPK, Marco Kronauer, SVP: Diverse Punkte sind betreffend Budget bereits erwähnt worden. Ich habe noch zwei Punkte, die mir wichtig sind.

Die Investitionen sind ganz klar der Haupttreiber der Schuldenzunahme, über die diskutiert wird, und die sich gemäss FEP 2021-2024 anbahnen sollen. Bereits in den letzten Jahren hat die Stadt Wädenswil grosse Investitionen getätigt und auch in Zukunft sind noch mehr geplant. Oftmals wurden diese vom Gemeinderat in einer Weisung diskutiert und man hat sich auf einen bestimmten Betrag geeinigt. Leider sind diese Vorgaben oftmals nicht eingehalten worden und bei der Bauabnahme musste man feststellen, dass der Kredit teilweise

bei Weitem nicht eingehalten worden ist. Das neuste Beispiel ist die Weisung 2, vom 14. Mai 2018, Kinderkrippe. Veranschlagt wurden knapp CHF 2 Mio. Aktuell rechnet man jedoch mit Kosten von CHF 2.5 Mio. Grund seien die unvorhergesehenen Brandschutzauflagen. Da bleibt mir einfach die Luft weg. Liebe SP, wie wollen wir denn den Rotstift ansetzen, wenn die Vorgaben, die gegeben werden, nicht eingehalten werden? Ich frage mich einfach, ob die zuständigen Personen nichts aus der Vergangenheit gelernt haben. Bei der Weisung, die dem Gemeinderat vorgelegt worden ist, ist man der vollen Überzeugung gewesen, dass die Sache sauber abgeklärt worden ist und auch Personen mit Fachkenntnissen sind zu diesem Betrag gekommen. Das Schlimmste an solchen Aktionen ist, dass die Verantwortlichen für ihre Fehler nicht verantwortlich gemacht werden können. Damit ist auch logisch, weshalb man sich nicht bemüht, besser zu arbeiten. Leider sind solche Aktionen nicht förderlich für ein Verständnis der Bemühungen des Stadtrats. Ich bin der Meinung, dass man bei den Investitionen noch optimieren kann. Logisch, ein Unternehmer macht nicht von Anfang an das beste Angebot, wenn er offeriert. Es ist halt einfach nicht so interessant, wenn nochmals nachgefragt werden muss, da es nicht das eigene Geld ist. Bei einer Überschreitung oder bei einer Fehlinvestition muss man dafür auch nicht haften wie eine Privatperson. Ebenso hat man auch nicht mehr Lohn, wenn man Geld spart.

Beim Personalaufwand wurde der Gemeinderat meiner Ansicht nach bisher über den Tisch gezogen. Bei neuen Stellen budgetiert man diese absichtlich nicht zu 100% im budgetierten Jahr, da die Stelle logischerweise nicht ab dem 1. Januar besetzt werden kann. So sind die effektiven Aufwände der Stellen nicht so hoch und es wird vom Gemeinderat besser akzeptiert. Dem Stadtrat wäre es jedoch nie in den Sinn gekommen, dies offen zu kommunizieren und dem Gemeinderat die effektiven Aufwände aufzuzeigen.

Ich stehe deshalb hinter der Meinung der Mehrheit der GRPK das Budget 2021 zurückzuweisen. Mir ist klar, dass dies nicht motivierend ist. Es ist jedoch auch nicht motivierend für den Steuerzahler, dass in dieser momentan erschwerten Zeit nebst den Problemen wie Lohnausfälle oder Kündigungen die Last noch erhöht wird und bei der öffentlichen Hand alles so weiterläuft wie bisher.

Lukas Wiederkehr, CVP: Es ist schon etwas bezeichnend für die aktuelle Situation. Man wird in starre Meinungspositionen gedrängt, die Diskussionskultur nimmt ab und man wird schnell in eine Schublade gesteckt und akzeptiert andere Meinungen nicht mehr sehr gut. Dabei müsste man gerade jetzt zusammenrücken und gemeinsame Ziele erreichen und Kompromisse finden.

Zuerst einmal danken wir von der CVP-Fraktion dem Stadtrat und den Mitarbeitenden der Gemeinde für ihre Anstrengungen, die Finanzen in der anspruchsvollen Zeit zu steuern. Die Mehrheit der CVP-Fraktion unterstützt das Budget, lehnt aber die Steuerfusserhöhung ab, um der Bevölkerung in der unsicheren und schwierigen Zeit keine weiteren Abgaben aufzubürden. Gemäss Angelo Minutella ist das inkonsequent. Wir erachten dies aber als Kompromiss und als einen guten Mittelweg.

Die GRPK macht trotz der prekären Lage leider keine konkreten Vorschläge zur Verbesserung der Finanzlage und lehnt einfach das Budget ab, jedenfalls eine Mehrheit. Der Stadtrat muss nun dringend Massnahmen ergreifen, um die Finanzen mittel- bis langfristig wieder ins

Lot zu bringen. Weiter darf er nicht unnötig mit einem neuen Budget Zeit verlieren, um geeignete Massnahmen zu ergreifen. Die CVP ist daher gegen die Abweisung des Budgets und wird auch zeitnah konstruktive Vorstösse einreichen, um den Stadtrat und die Mitarbeitenden zu unterstützen und so eine kompromissvolle und ausgewogene Lösung zu finden, damit die Stadtfinanzen wieder ins Lot gebracht werden können. Konkret denken wir an Vorstösse in den Bereichen Investitionen. Das heisst, man muss überprüfen und teilweise reduzieren und schauen, wo man relativ schnell einen positiven Effekt für die Verschuldung herausbringt. Auch bei der Schule muss man über die Bücher gehen. Man muss abklären, wo die Risiken und Chancen einer Eingemeindung der Oberstufenschule in die politische Gemeinde liegen. Man kann vom Wissen, das dort vorhanden ist, profitieren, Synergien bündeln, Ressourcen stärken um alles gemeinsam zu erreichen. Auch bei der Sicherheit und Gesundheit gibt es Bereiche, die anzuschauen sind. So kann überprüft werden, ob eine Bezirkspolizei zur Optimierung des Personalbestands möglich ist. Beim Wohnen im Alter gibt es Überlegungen die Zusammenarbeit mit Genossenschaften zu stärken, damit die Nutzung und Bewirtschaftung in diesen Bereichen verbessert werden kann. Auch bei der Freizeitanlage muss das Kursangebot und die Subventionierung überdacht werden. Bei den Finanzen ist die Einführung einer Schuldenbremse klar und auch das Verkaufen von unrentablen und strategisch unwichtigen oder weniger bedeutenden Immobilien ist voranzutreiben.

Wir glauben einfach nicht, dass wir in der aktuellen Situation in ein oder zwei Monaten ein Budget zustande bringen, das alle happy macht. Darum erachten wir diese Übung als sinnlos und Ressourcenverschwendung. Wir erhoffen uns, dass dem Stadtrat klar ist, dass jetzt etwas passieren muss, um die Finanzen in den Griff zu bekommen, damit wir auch in Zukunft auf diesem Steuerniveau bleiben können.

Patrick Höhener, Grüne: Viel Rhetorik, die Meinungen sind gemacht. Ich sage aber trotzdem noch etwas dazu. Wir haben es gehört, Steuerfusserhöhung und Eingemeindung, das ist ziemlich spannend, wie diese Kausalität einfach so hergestellt wird. An der letzten Versammlung haben wir gehört, dass die Bürgerlichen bzw. die FDP-Fraktion schon länger auf eine Antwort des Stadtrats wartet. Sie ist noch ausstehend, das wissen wir alle. Sie haben die Antwort zwar noch nicht bekommen, kennen sie aber schon. Sie können nämlich bereits sagen, dass das alles wegen der Eingemeindung ist. Da wisst ihr mehr als die Anderen, das ist spannend. Ich lasse das einfach mal so stehen.

Wir haben schon gehört, dass in den vergangenen 15 Jahren der Steuerfuss um 10% gesenkt worden ist. Aus meiner Sicht ist es naiv, die Zitrone immer mehr auszupressen und mit den Steuern immer weiter nach unten zu gehen, und sich dann irgendwann zu wundern, wenn es ein finanzielles Problem gibt.

Von Eric Schenk haben wir gehört, dass es verantwortungslos ist, das Budget für die jetzige und zukünftige Generation anzunehmen. Ganz ehrlich gesagt glaube ich, dass es verantwortungslos gewesen ist, die Steuern in den letzten 15 Jahren um 10% zu senken gegenüber der jetzigen und zukünftigen Generation.

Cornelia Dätwyler hat gesagt, dass die linken Parteien die Verschuldung einfach so ansteigen lassen wollen. Aus meiner Sicht ist das eine ziemliche Verdrehung von Tatsachen, da

die Verschuldung, in der wir stecken und die sich weiter anbahnt, das Resultat eures Spar-kurses ist. Wenn ihr die Suppe, die ihr euch selber eingebrockt habt, den andern in die Schuhe schiebt und nicht selber auslöffelt, steht das aus meiner Sicht auch nicht für viel Rückgrat. Man sollte wenigstens zu dem stehen, was man gemacht hat und nicht andern zu-schieben.

Für mich ist das Ganze alles ein bisschen unverständlich wie man die Logik, die man gehört hat und die ich versucht habe wiederzugeben, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern probiert zu verkaufen. Es ist für mich auch nicht nachvollziehbar, wie man sich für diese Ar-gumente einspannen lässt. Es ist schade und ich finde, der Dialog über das Budget wäre wichtiger gewesen als all die Rhetorik, die wir gehört haben.

Thomas Koch, FDP: Ulrich Reiter hat den bürgerlichen Parteien vorgeworfen, dass keine konkreten Vorschläge gemacht worden sind, wo gespart werden soll. Judith Fürst hat, um die Worte von Lukas Wiederkehr zu gebrauchen, uns in die gleiche Schublade gesteckt. Sie hat gesagt, dass uns der Mut fehle, da wir nicht gesagt haben, wo gespart werden soll und wir hätten keine Verantwortung übernommen. Uns wird sozusagen, das haben wir vorher gehört, Arbeitsverweigerung und Passivität vorgeworfen. Diese Vorwürfe treffen auch FDP/GLP-Fraktion, weshalb ich mich als Fraktionspräsident dazu äussern muss.

Wir haben unzählige Stunden mit der Analyse des Budgets verbracht, wie ihr alle auch, das wissen wir. Wir haben uns mit unseren beiden GRPK-Mitgliedern Angelo Minutella und Cornelia Dätwyler aktiv, konstruktiv und auch kritisch in die GRPK-Gespräche eingebracht. Der Vorwurf der Arbeitsverweigerung ist fehl am Platz. Der Rückweisungsentscheid ist uns auch nicht leichtgefallen. Eine Arbeitsverweigerung und insbesondere die Verletzung des Wählerauftrags wäre es, wenn das Budget heute einfach durchgewinkt wird. Ein Budget, mit dem jeder Wädenswiler Haushalt noch mehr als bereits bisher in dieser schwierigen Zeit be-lastet wird. Mit dem jeder Einwohnerin und jedem Einwohner von Wädenswil zusätzlich Geld weggenommen wird, Geld, das sie bzw. er nicht anderweitig verwenden oder ansparen kann.

Vielleicht muss sich auch rot, grün, orange und evangelische wieder einmal vergegenwärtigen, dass die Millionenbeträge, die die Stadt jedes Jahr ausgibt, nicht ihr eigenes Geld ist. Das Geld gehört auch nicht uns, dem Gemeinderat, sondern den Einwohnerinnen und Einwohnern von Wädenswil, das mühsam erarbeitet worden ist und welches sie uns, den Gemeinderäten, treuhänderisch übergeben haben mit dem Auftrag und der Pflicht, das Geld effizient, umsichtig und nur soweit notwendig auszugeben.

Seit Jahren hat die FDP/GLP-Fraktion bei jeder Budgetdiskussion dazu aufgerufen, mit den Steuergeldern sorgsam umzugehen und alle Ausgaben auf die Notwendigkeit hin zu über-prüfen. An jeder Budgetsitzung haben wir konkrete Abänderungsvorschläge gemacht und die Bereiche aufgezeigt, wo Steuergelder optimierter und effizienter eingesetzt werden könnten. Mit einer Regelmässigkeit sind unsere Vorschläge von der linken Ratsseite ge-bodigt und vom Stadtrat soweit ersichtlich auch nicht weiter überprüft worden. Seit Jahren hat die FDP/GLP-Fraktion dazu aufgerufen, dass die Stadt ihr strukturelles Problem, das sie hat, aktiv angehen und lösen soll, anstatt das Strukturproblem als Entschuldigung für das masslose Geldausgeben anzuführen. Seit Jahren hat die FDP/GLP-Fraktion dazu

aufgefordert, die verwaltungsinternen Abläufe zu hinterfragen, zu optimieren, nicht genutzte Synergien auch zwischen den Abteilungen zu nutzen, insbesondere auch im Personalbereich. Die beste Gelegenheit zu einer Neuaufstellung, zu einer Neubeurteilung der Synergien, die insbesondere auch im Personalbereich genutzt hätten werden können, wäre der Gemeindegemeinschaftszusammenschluss gewesen. Diese Chance ist leider nicht genutzt worden. Es hat wohl einfach der politische Mut gefehlt, vielleicht auch unangenehme Entscheidungen zu treffen und auch durchzusetzen.

Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass insbesondere die Schule ein nicht mehr kontrollierbares und offenbar auch nicht kontrollierter Kostenfaktor mit einem Nettoaufwand von heute schwindelerregenden CHF 41 Mio. ist. Seit Jahren wachsen die Nettokosten der Schule unaufhörlich und nicht erst seit der Einführung von HRM 2. Es ist auch bereits vorher so gewesen. Die Kosten vergrössern sich nicht nur absolut, sondern auch im Verhältnis zur Bevölkerung. Die Schulkosten sind im Vergleich mit anderen Gemeinden die Höchsten. Wir verstehen ebenso, wie die Lehrerin, die Martin Schlatter zitiert hat, auch nicht, wieso Wädenswil die höchsten Kosten hat. Die Kosten sind entstanden durch den Anstieg von Stellen in der Schulverwaltung, die im Vergleich mit anderen Gemeinden schnellere und wohl unkritischere und nicht immer notwendige Applikation von sozialpädagogischen Massnahmen. Das ist ein weiterer Grund, weshalb die Kosten im Schulbereich nach unserem Dafürhalten immer mehr steigen. Vor ca. 4 Jahren hat die FDP einen Austausch mit der Schulverwaltung und den Lehrern zum Kostenproblem initiiert. Wir haben bei diesen Gesprächen, die sehr konstruktiv gewesen sind, von beiden Seiten mehrere konkrete Vorschläge vorgebracht, insbesondere wie der ausufernde sozialpädagogische Selbstläufer mit hohen Kosten eingedämmt werden könnte. Wenn der Stadtrat und die Schulverwaltung uns damals ernst genommen haben – von dem gehe aus – müssten sie eigentlich ein Protokoll der damaligen Gespräche geführt oder zumindest unsere Optimierungsvorschläge notiert haben. Ein Griff in die Schublade würde also genügen, um unsere konkreten Vorschläge zur Kenntnis zu nehmen, diese zu überprüfen und wenn möglich umzusetzen. Diese konkreten Vorschläge heute nochmals vorzubringen, im Wissen, dass diese dann wiederum im Protokoll verschwinden und nichts weiter unternommen wird, wäre eine reine frustrierende Zeitverschwendung. Ich erinnere daran, es ist heute auch schon gesagt worden, dass in der letztjährigen Budgetsitzung dem Stadtrat der Auftrag erteilt worden ist, und es ist dafür ein Kredit gesprochen worden, die Primarschule durch eine externe Stelle auf ihre Effizienz untersuchen zu lassen. Das ist vor einem Jahr gewesen. Wir haben erwartet – und es wäre schlicht auch anständig gewesen – wenn die Untersuchung auch durchgeführt und uns vor der diesjährigen Budgetdiskussion präsentiert worden wäre. Nichts ist passiert. Die Kosten in der Verwaltung der Schule steigen wiederum. Wenn das Wort Arbeitsverweigerung wirklich verwendet werden soll, bin ich geneigt, dieses jetzt zu verwenden.

Seit Jahren weist die FDP/GLP-Fraktion darauf hin, dass wir uns heilige Kühe und überbordende Investitionen leisten, die wir uns, im Vergleich mit den umliegenden Gemeinden, eigentlich als arme Gemeinde nicht leisten dürfen und können. Angefangen von der Freizeitanlage, die jedes Jahr über ein Steuerprozent frisst, ohne dass die Anlage intensiv genutzt würde. Wir leisten uns auch den Luxus von zwei Hallenbädern. Wir halten Liegenschaften im Finanzvermögen, ohne dass die Stadt über eine Liegenschaftenstrategie verfügt. Die Stadt weiss also gar nicht, was mit den Liegenschaften anzufangen ist, will sie aber auf

Kosten der Steuerzahler teuer sanieren. Weiter erhöht die Stadt jedes Jahr kontinuierlich das Personal, ohne das vorgängig geprüft wird, ob die eine oder andere Aufgabe vielleicht nicht durch eine bereits bestehende Stelle zusätzlich abgedeckt werden könnte, ob eben Synergien genutzt werden könnten. In dieser Situation gibt es nur zwei Alternativen: Entweder reden wir uns ein, dass es halt einfach so ist. Es ist ein unveränderbares Schicksal von Wädenswil, ein Strukturproblem, eine grosse Stadtverwaltung, eine teure Schulverwaltung und hohe Kosten zu haben, so dass diese Kosten halt einfach jedes Jahr steigen und der Steuerzahler dafür gefälligst zu bezahlen hat. Jeder ist selber schuld, wenn er in Wädenswil wohnt. Oder wir rütteln endlich den Stadtrat und die Stadtverwaltung mit dem radikalsten Mittel, das wir haben auf und weisen das Budget zurück mit dem Auftrag, ein ausgeglichenes Budget ohne Steuererhöhung zu präsentieren. Die FDP/GLP-Fraktion hat sich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger, die sie repräsentieren darf, für die zweite Lösung entschieden.

Urs Hauser, EVP: Am Samstag erhielt ich von einem guten, grünliberal eingestellten Freund aus Horgen ein Telefon. "Was ist mit euch in Wädenswil los? Das sind ja fast amerikanische Zustände. Da sind wir in Horgen mit unseren Querelen beinahe Waisenknaben." Amerikanische Verhältnisse, das ist natürlich übertrieben, aber, wenn ich mir das durch den Kopf gehen lasse, was ich von Thomas Koch gehört habe und mit dem vergleiche, was ich in den letzten Tagen nachgelesen habe, muss ich mich schon fragen, werden uns da wirklich nicht auch auf eine amerikanische Art und Weise Sachen vorgemacht. Es lohnt sich, dieser Sache etwas nachzugehen. Die Vertreter der Allianz der Bürgerlichen sind am letzten Freitag als weisse Ritter an ihrer Medienkonferenz aufgetreten und haben ihren Antrag begründet.

1. Die Primarschule ist zu teuer. Die Kosten wachsen unaufhörlich. An anderer Stelle wird von einem ungebremsten Wachstum gesprochen.

Diese Aussagen sind so gesehen falsch. Toni Siffert, Leiter Schulverwaltung a.i, präsentierte am 12. November 2020 Eckzahlen. Viele Kosten sind gemäss diesen Angaben auf den Zeitraum 2014-2019 zurückgegangen:

- ISR-Setting	-	13.8%
- Kind in externer Sonderschule	-	21.1%
- Verwaltungskosten	+	1.5%
- Verwaltungskosten pro Kind	-	17.4%
- Kosten pro Kind total	+	8.0%
- Kosten pro Kind ohne Liegenschaften	-	1.3%
- Kosten pro Kind nur Liegenschaften	+	107.0%

Übrigens – sind nicht die Finanzen und Liegenschaften seit 2014 in FDP-Hand? Und übrigens, den Antragstellerinnen und Antragssteller standen diese Eckdaten auch zur Verfügung. Sie haben diese ebenso erhalten.

2. Die Freizeitanlage ist ein teurer Luxus

Ja, sie ist teuer, aber man muss mit den Informationen, die vorgelegt werden, etwas vorsichtig umgehen. Die Zahlen und Informationen sind, Entschuldigung, "Fake News". Die falschen Zahlen werden immer wieder präsentiert, obwohl sie falsch sind. Die neue Aufgaben- und Kostenverteilung innerhalb der Dienststelle Soziokultur wird ganz einfach ignoriert. Dies wider besseren Wissens, die Präsentationen und Erklärungen der zuständigen Stadträtin Alexia Bischof und des Dienststellenleiters Aurel Greter werden negiert und trotz der Intervention von Aurel Greter bis jetzt nicht korrigiert.

Ein Hinweis an die Zürichsee Zeitung: Sie haben im Rahmen ihrer Berichterstattung gutgläubig falsche Zahlen transportiert. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie noch etwas unternehmen.

3. Die Stadt hat Speck angesetzt und leistet sich 2 Hallenbäder

Ja, weil sonst in der Au zu wenig Kapazität für den Schulsportunterricht vorhanden wäre. Ich habe eine kleine Lektüre gehabt, nämlich den Fraktionsbericht der FDP vom September 2014: "Die Mehrheit der FDP-Fraktion erkennt, dass das Lernschwimmbecken in der Schulanlage Steinacher zur weiteren Gewährleistung eines bedarfsgerechten Schwimmunterrichts der Schulkinder des Ortsteils Au grundsätzlich saniert werden muss. Bei Nichtannahme der notwendigsten Sanierungsmassnahmen der ersten Sanierungsetappe droht der Schwimmanlage die Schliessung Ende 2014."

4. Fusion Hütten - Schönenberg – Wädenswil. Der Stadtrat habe versprochen, die Fusion sei kein Risiko, der Steuerfuss werde nicht angetastet.

Alle hier drin, und alle, die früher hier gesessen haben, haben die Möglichkeit gehabt, das zu studieren. Hat nur der Stadtrat gesagt, dass die Fusion kein Risiko ist? Im Infoblatt der FDP vom Mai 2017 – momentan eine meiner Lieblingslektüren – steht: "Ja zum Zusammenschluss. Chancen für alle beteiligten Gemeinden - nur geringe Risiken". Da gäbe es noch weitere spannende Beispiele.

Die weissen Ritter spielen ein schmutziges, ein falsches Spiel. Da versucht eine bürgerliche Allianz über das Hintertürchen des Budgets wichtige Eckpfeiler unserer städtischen Gemeinschaft ohne inhaltliche Diskussion zu demontieren. Dies in einer Zeit der Verunsicherung, in der die Menschen auch in unserer Stadt dringend positive Impulse und Zuversicht brauchen. Nehmen wir doch ein Beispiel an den Sparfalken Bundesrat Ueli Maurer und Peter Hegglin, CVP-Ständerat von Zug, auf Bundesebene, die sich in der letzten Woche erstaunlich mild zeigten. Ueli Maurer will keine Sparpakete, Peter Hegglin sagt: "Wir könnten den Spardruck reduzieren, um in einer fragilen Zeit nicht negative Wirtschaftsimpulse auszusenden". (ZSZ, 11.12.2020).

Ich fordere alle nicht zur bürgerlichen Allianz gehörenden Gemeinderätinnen und Gemeinderäte auf, sich gut zu überlegen, ob sie deren Antrag zur Rückweisung mit ihrer Unterstüt-

zung oder ihrer Enthaltung zum Durchbruch verhelfen wollen. Sie würden so mitverantwortlich für einen teuren Mehraufwand und die Demotivation vieler städtischer Mitarbeitenden und für zusätzliche Verunsicherung der Bevölkerung unserer Stadt.

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Ich danke Urs Hauser für sein Votum. Er hat schon vieles vorneweg genommen von dem, was ich sagen wollte. Vielleicht reichen mir nun sogar 10 Minuten. Zuerst eine kurze Reaktion auf einzelne Sachen, die bereits mehrmals gesagt worden sind.

Der Vergleich mit Schulen anderer Bezirksgemeinden, Martin Schlatter hat es bereits erwähnt, stimmt gar nicht. Nehmen wir das Beispiel Thalwil. Thalwil hat einfach kein Konto Liegenschaften. Die Thalwiler Schule hat gratis Schulhäuser. Natürlich sind sie nicht wirklich gratis, sie weisen sie einfach nicht transparent aus, wie viel diese Kosten. Wenn nicht ausgewiesen wird, wie hoch die Kosten sind, ist es einfach, billig zu sein. Wädenswil ist nicht teurer, weil schlechter gearbeitet, sondern weil besser gearbeitet wird und die Kosten transparent dargelegt werden. Ich finde es wirklich sehr unfair, wenn der Stadtrat für eine transparente Kostendarlegung abgestraft wird, indem das Budget zurückgewiesen wird.

Auch das nächste haben wir bereits ein paarmal gehört. Von 2007-2011 hat Wädenswil den Steuerfuss massiv um total 11% gesenkt, lediglich ein Prozent davon wurde später rückgängig gemacht. Insgesamt war das ein sehr teurer Fehler. Wädenswil hatte zu Beginn des Jahrzehnts noch massive Reserven. Dieses Vermögen wurde aber innert kürzester Zeit abgebaut und verkehrte sich dann sogar in eine Schuld. Die Steuersenkungen haben uns grob überschlagen so 50 bis 100 Millionen Franken gekostet. Vielleicht habt ihr die Zahlen der Schulden noch im Kopf. Es ist etwa die gleiche Grössenordnung. Wir stehen jetzt ohne Vermögen da und Wädenswil ist eine der ganz wenigen Gemeinden im Kanton, die eine Schuld hat. Angelo Minutella hat gefragt, warum die anderen Gemeinden die Steuern nicht erhöhen müssen. Vielleicht, weil diese noch etwas Vermögen haben und wir nicht. Das ist vielleicht auch unsere Schuld aufgrund der Politik der letzten Jahre.

Am 1. Oktober, als uns das Budget und der FEP präsentiert worden sind, hat es mich wahnsinnig gefreut, als der Stadtrat nach seinem verkrampften Festklammern am "konstanten Steuerfuss" – in welcher Welt ist eine Senkung um 10% eigentlich Konstanz? – es hat mich jedenfalls gefreut, dass die ideologischen Scheuklappen wegfielen und der Stadtrat erkannte, dass ein tiefer Steuerfuss nicht das alleinseligmachende Heilmittel ist.

Davor waren Jahr für Jahr Kürzungen gemacht worden, die teilweise äusserst schmerzhaft waren, aber kaum etwas gebracht haben. Im Gegenteil, die Folgen waren sehr teuer. Ein Beispiel ist die Abteilung Soziales. Dort sind dringend benötigte Stellen nicht bewilligt worden, die Dossiers konnten nicht mehr überprüft werden und Wädenswil bezahlte Millionen an Personen aus, die zum Teil gar keinen Anspruch auf dieses Geld gehabt hätten. Einfach weniger Personal einzustellen spart nicht unbedingt Geld. Im Gegenteil, man hat weniger Leistungen und weniger Geld.

Das Finanzproblem von Wädenswil lässt sich also nicht einfach durch Streichungen lösen. Dazu habe ich noch ein interessantes Beispiel aus der Budgetdiskussion, die jetzt nicht bzw. nicht geführt werden darf. Der einzige Antrag der GRPK betrifft die Abteilung Schule. Die

Schule plante, eine Zivi-Stelle zu streichen. Für Zivis gibt es ein gewisses Kontingent, das man ausnützen kann. Zivis helfen der Schule, in dem sie gewisse Aufgaben übernehmen. Die Schule beschloss, um den Aufwand herunterzubringen, eine dieser Stelle nicht mehr zu besetzen. Dieser Entscheid haltet eine Mehrheit der GRPK für kurzsichtig. Macht es denn Sinn, bei den günstigsten Arbeitskräften zu streichen? Durch Zivis bekommt die Primarschule sehr günstig, sehr motivierte junge Leute, die im Schulalltag eine echte Entlastung für gestresste Lehrpersonen bringen. Hier zu streichen bringt kaum etwas, senkt aber die Qualität und birgt die Gefahr hoher Folgekosten. Wer erledigt denn in Zukunft die Aufgaben, die heute von Zivis gemacht werden? Spannend ist, dass eine Mehrheit der GRPK mir hier sogar zustimmt. Umso überraschender ist dann der Antrag einer Mehrheit der GRPK, da dort eigentlich genau das gefordert wird. Es werden Kürzung im Umfang von CHF 17 Mio. gefordert. Als Vergleich ist das fast ein Drittel des Personalaufwands, der einfach so wegfallen soll. Die rechten Parteien finden also, und das ist leider kein Witz, dass einfach so ein Drittel des Personal weggespart werden kann um eine Kürzung heranzubringen. Das ist nicht wünschenswert, nicht realistisch und vor allem nicht legal. Es ist nicht wünschenswert, weil es eine brutale Nichtwertschätzung der Arbeit des Personals darstellt. Was machen denn diese Personen heute? Sie sind nicht einfach am Daumendrehen, sondern schauen, dass die Stadt läuft. Die Lehrpersonen schauen, dass unsere Kinder etwas lernen, die Verwaltung schaut, dass alle Geschäfte sauber laufen. Wenn man meint, dass das alles weggelassen werden kann, ist das nicht wünschenswert und auch nicht realistisch. Eine Schule ohne Lehrpersonen funktioniert nicht, eine IT ohne Fachleute funktioniert einfach nicht und vielleicht braucht es auf der Administration noch einige Leute, die Rechnungen schreiben. Zudem ist es nicht legal. Etwa 80 bis 90% der Aufgaben unserer Stadt sind einfach gesetzliche Aufträge. Wir können nicht einfach sagen, wir zahlen das nicht mehr aus. Das dürfen wir gar nicht.

Die rechten Parteien haben in der letzten Legislatur noch eine absolute Mehrheit gehabt, nun ist es nur noch eine knappe. Aber die Verantwortung wird nicht genutzt und sie entziehen sich dieser. In meinen Notizen steht, dass sie sich der Verantwortung doppelt entziehen. Inzwischen kann ich sogar sagen, dass sie sich dieser Verantwortung sogar dreifach entziehen. Sie weigern sich, über das Budget zu diskutieren, sie weigern sich, konkrete Vorschläge vorzubringen und sie weigern sich, irgendetwas zu tun, damit in der Stadt etwas besser wird. Ich bin schon häufig mit dem Wort Arbeitsverweigerung zitiert worden, welches ich einmal gebraucht habe. Genau das ist Arbeitsverweigerung. Zu sagen, es ginge besser, aber nicht zu sagen wo, obwohl nach Gemeindegesetz ganz klar der Gemeinderat das Budgetorgan ist und nicht der Stadtrat. Die grosse Frage, die sich mir gestellt hat und erstaunlicherweise auch jetzt noch stellt ist, was verbessert sich eigentlich durch eine Rückweisung? Liebe Rechte, ihr verhaltet euch, wie wenn Philipp Kutter im Schrank im Stadtratsaal irgendwo einen Zauberstab hätte, den er schwenken könnte und der Aufwand wäre dann 17 Millionen tiefer. Ich bin mir ziemlich sicher, dass das nicht der Fall ist, falls doch, darf mich Philipp Kutter gerne korrigieren. Ein stures beharren darauf, dass es möglich sei, dass man es schon weiss, dass es schon geht, aber wir sagen euch nicht wie, das ist Arbeitsverweigerung. Darum bitte ich euch, das Budget nicht zurückzuweisen, sondern mit Anträgen zu verbessern oder ihm zuzustimmen.

Charlotte Baer, SVP: Die SVP besteht weder aus "Trumpfologen" noch haben wir nach dem Motto von Ueli Maurer, der gesagt hat "Kei Luscht", gehandelt. Vielmehr hat sich die SVP-

Fraktion sehr gründlich mit dem Budget 2021 auseinandergesetzt. Das beweist auch der umfangreiche Fragen- und Antwortenkatalog, der auch viele Fragen der SVP enthält. Überhaupt haben wir in den vergangenen Jahren den Stadtrat wiederholt und eindringlich zu mehr Ausgabendisziplin, mehr Effizienz, mehr Sparanstrengungen und vermehrter Fokussierung auf die öffentlichen Kernaufgaben aufgefordert.

- Ich erinnere beispielsweise an die denkwürdige Mammut-Budgetdebatte vom Dezember 2016, wo ein ganzer Strauss von bürgerlichen Einzelanträgen auf dem Tisch lag. Ich kann mich nicht erinnern, dass der Stadtrat damals grosse Begeisterung gezeigt hat. Von linken Parteien hat es Voten gegeben, die gesagt haben, von woher wir wissen sollen, dass das gestrichen werden kann. Sie haben eigentlich Recht, es ist schwierig, einzelne Budgetposten einfach zu streichen.
- Dann haben wir bei Ausgabenbeschlüssen für Projektierungen bei den stadträtlichen Weisungen wiederholt für Kostendächer plädiert. "Geht nicht" hat die Antwort aus Exekutive und Verwaltung gelautet.
- Die SVP hat im vergangenen Juli dann als ein weiterer Wink mit dem Zaunpfahl die Rechnung 2019 abgelehnt. Grund: Die unter anderem massive Budgetüberschreitung allein aber nicht nur bei der Primarschule von CHF 2.5 Mio.
- Und heute beantragt die einstimmige SVP-Fraktion, das Budget 2021 zurückzuweisen. Wir verlangen vom Stadtrat, dass er wiederum dem Parlament ein überarbeitetes Budget präsentiert, mit dem wir uns dann wiederum gründlich beschäftigen können. Die Budgethoheit bleibt so also beim Gemeinderat, wie es gesetzlich vorgeschrieben ist.

Von Arbeitsverweigerung, dies wird wahrscheinlich das Unwort des Jahres in Wädenswil, und Ablehnung von Verantwortung also keine Rede. Etwas Anderes wäre es gewesen, wenn die GRPK-Mehrheit verlangt hätte, der Stadtrat müsse das Budget 2021 pauschal um 3% kürzen. Dann müsste die Exekutive die Kürzungen selber vornehmen, ohne dass das neue Budget nochmals vor das Parlament käme. Da würde ich denen Recht geben, die sagen, dass es Arbeitsverweigerung wäre, denn das wäre eine unzulässige Delegation, die vom Gesetz her nicht erlaubt ist.

Stadtrat Finanzen Walter Münch: Ich kann einen gewissen Frust im Parlament verstehen. Viele Ausgaben sind gebunden und können nicht beeinflusst werden, wie zum Beispiel die gesetzlichen Vorgaben oder die wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie. Ich war ja selber mal sechs Jahre im Gemeinderat und in der GRPK. Da fühlt man sich manchmal schon etwas machtlos.

Im letztjährigen Finanz- und Entwicklungsplan wurde für 2021 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 1.6 Mio. geplant. Die Auswirkungen der Coronapandemie haben jedoch eine markante Verschlechterung herbeigeführt.

- CHF 3.6 Mio. tieferen Ressourcenausgleich
- CHF 2.5 Mio. weniger Steuereinnahmen

- CHF ¼ Mio. erwartete Steigerung bei der Gesetzlichen Wirtschaftlichen Hilfe. Dort will man zusätzlich Personal sprechen, damit die Dossiers von Anfang an gut betreut werden. Das Geld soll dort abgeholt werden, wo es geholt werden kann, bevor die Stadt dafür zuständig ist und dafür bezahlen muss.

Das ist eine Verschlechterung um ca. CHF 6.4 Mio. Dies sind externe Faktoren, die wir nicht beeinflussen können. Als eine Gemeinde mit einer Nettoschuld und eine Nehmergemeinde im Ressourcenausgleich können wir solche Saldoverschlechterungen nicht einfach auffangen, wie das unsere Nachbargemeinden können. Diese haben nämlich ein Nettovermögen und zahlen in den Finanzausgleich ein.

Weiter ist angesprochen worden, dass gegen Ende des nächsten Jahres, wenn die Massnahmen des Bundes und der Kantone auslaufen, mehr gesetzliche Wirtschaftliche Hilfe bezahlt werden muss. Im Gegensatz zu den Nachbargemeinden haben wir in diesem Bereich bereits mehr Geld eingestellt und Ressourcen gesprochen, im Sinne, vorausschauend zu handeln. Wir haben es gehört, wird sind in der zweiten Welle und wer weiss, was noch auf uns zu kommt. Wir wollen gewappnet sein und nicht die Augen verschliessen, wie es andere machen.

Ein wichtiges Thema und heute oft angesprochen ist der hohe Personalaufwand. Hier ist es wichtig, genau hinzuschauen und nicht nur die ganz grosse Zahl zu sehen. Wie gesagt sind CHF 1.2 Mio. davon bei der Frohmatt aufgrund höherer Pflegestufen, da die Bevölkerung länger zu Hause bleibt, was man ja auch will und dann erst in die Frohmatt kommt. Der Aufwand von CHF 1.2 Mio. wird durch Entgelte refinanziert und belastet die Erfolgsrechnung nicht. Ebenso die Stellen bei den Werken, wie z.B. der Leiter Energie und Umwelt, mit der wir die Zukunft angehen wollen, belasten den Steuerhaushalt nicht. Die CHF 300'000 zusätzlicher Personalaufwand bei der Abteilung Soziales ist gut investiertes Geld. Etwa die Hälfte von den CHF 3.4 Mio. belasten die Erfolgsrechnung nicht, da sie über Entgelte oder Gebühren bezahlt sind. Weiter erinnere ich daran, dass im letzten Jahr der Gemeinderat eine neue Biodiversitätsstelle beantragt und auch bewilligt hat. Diese Person sollte nun schon bezahlt werden. Weiter haben wir einen zweiten Projektleiter bei den Immobilien angestellt und mit dem Budget 2020 bewilligt. Da möchte ich sagen, dass wir bei den Projektleitern einen Teil der Personalkosten als Eigenleistungen den Projekten zuteilen. Wir haben die Wahl, es selber zu machen oder eine externe Person anzustellen. Ein Teil der Kosten für die Projektleiter belasten somit die Erfolgsrechnung nicht. Dann zu den weiteren Stellen bei der Dienststelle Immobilien. Diese sind nötig, um den laufend zunehmenden Schulraum zu unterhalten und zu reinigen. Ich erinnere an die Investitionsprojekte, die hier im Gemeinderat verabschiedet worden sind: Doppelkindergärten Toblerweg und Meierhof, Aufstockung Steinacher und Erweiterung Schulanlage Glärnisch. Dazu kommen zusätzliche Provisorien für Tagesstrukturen, insbesondere Mittagstische mit Doppelbelegung. Zudem wird die Haustechnik immer komplizierter. Ich gehe davon aus, dass Sie mit mir einverstanden sind, dass wir auch diesen zusätzlichen Schulraum reinigen und dass Investitionen Folgekosten nach sich ziehen. Das muss einem bewusst sein.

Bei der GRPK spüre ich eine gewisse Unterstützung, dass wir unsere IT-Lösungen, die in die Jahre gekommen sind, endlich ablösen. Wir haben ja einige IT-affine Gemeinderäte. Diese wissen, dass solche Projekte ohne personelle Unterstützung nicht einfach realisiert

werden können. Weiter wollen wir auch noch die Digitalisierung vorantreiben. Sie sehen, der Personalaufwand hängt stark mit den erbrachten Leistungen zusammen. Mehr Leistungen gleich mehr Personal. Weiter ist es so, dass oft neue Forderungen im Raum stehen. So ist beispielsweise eine Interpellation zum Thema City-Manager eingegangen und weiter spricht man von einer Nachspitex. Es ist darum schon erstaunlich, dass diese Leute, die solche Forderungen stellen, dann nicht bereit sind, dafür zu bezahlen oder sagen, wo Leistungen abgebaut werden sollen, wenn neue Leistungen von der Stadt erwartet werden. Tendenziell werden vom Gemeinderat immer mehr Leistungen verlangt, aber man ist sich nicht genau bewusst, wer dann effektiv dafür bezahlt.

Wenn wir uns zur langfristigen Finanzplanung ein paar Überlegungen machen ist es so, dass wir ein Bevölkerungswachstum haben und das braucht Investitionen in die Infrastruktur. Der Stadtrat hat entschieden – und das haben wir der GRPK auch gesagt – dass er aufgrund der knappen Budgetsituation das Lernschwimmbcken Steinacher überprüfen will. Die Abteilung Schule und Jugend wurde aufgefordert zu prüfen, den Schwimmunterricht neu nur noch im Hallenbad Untermosen durchzuführen. Sie sehen, wir planen nicht einfach naiv voraus, sondern hinterfragen Bestehendes.

Weiter möchte ich erwähnen, dass für die Steuerfusserhöhung nicht die Eingemeindung Schuld ist, auch nicht die Corona-Pandemie, auch nicht das Budget 2021, sondern die Höhe der Zunahme der Verschuldung. Ich mache mir Sorgen um die zukünftige Generation und einige von Ihnen auch. Bei der Verschuldung sind wir schon lange in einem kritischen Bereich. Der Stadtrat hat auch schon immer darauf hingewiesen. Es ist auch schon angetönt worden, dass wir mit dem Budget 2017 eine Steuerfusserhöhung von 3% verlangt haben. Der Gemeinderat hat dann 1% bewilligt. Als Stadtrat Finanzen habe ich mich vertieft mit den Finanzen und der Verschuldung auseinandergesetzt. Ich bin zur Erkenntnis gekommen, dass nicht nur das Leistungsangebot überprüft und evtl. abgebaut werden muss, sondern auch bei den Einnahmen Handlungsbedarf besteht. Ich bin sicher, dass das Leistungsangebot und der Steuerfuss von den Parteien im Gemeinderat sehr unterschiedlich beurteilt werden. Diese Diskussion muss dennoch geführt werden. Wenn man meint, mit einem ausgeglichenen Budget ist die Welt wieder in Ordnung, ist dem nicht so. Sie sehen, am Ende des FEP besteht ein Überschuss von CHF 2 bis 3 Mio. pro Jahr. Wir machen keine Steuern auf Vorrat. Auch mit den CHF 2 bis 3 Mio. Überschuss pro Jahr steigen unsere Schulden weiter an. Um die Verschuldung zu stoppen, braucht es einen Überschuss von ca. CHF 10 Mio. pro Jahr, mehr als CHF 10 Mio. sogar. Das kann nur mit einem Leistungsabbau und mit einer gleichzeitigen Erhöhung der Einnahmen erreicht werden. Mit einer möglichen Rückweisung des Budgets verändert sich die Welt nicht von heute auf morgen. Viele Ausgaben können nicht per sofort gekürzt werden und natürlich auch nicht die gebundenen Ausgaben, Abschreibungen, Zinsen, Löhne, Sozialhilfe, die gesetzlich Wirtschaftliche Hilfe oder was auch immer. Auch mögliche Sparmassnahmen bei der Schule können nicht von heute auf morgen erfolgen. Die Schulpflege hat da noch ein Wort mitzureden, da sie Mitverantwortlich für das Budget der Schule ist. Somit ist der Einfluss einer Budgetrückweisung überblickbar. Wichtig ist, dass wir in die Zukunft schauen, damit wir mit einem reduzierten Leistungsangebot im 2022 und später Einfluss nehmen können. Wie bereits gesagt, haben wir heute eine Nettoschuld von ca. CHF 197 pro Einwohner und Ende 2024 werden es über CHF 3'000 sein. Das geht einfach nicht und das ist unsere grosse finanzpolitische Herausforderung. Es kommt mir so vor, als wenn wir mit der Kreditkarte einkaufen, die Rechnung Ende Monat

aber nicht bezahlen. Als Privatperson wäre die Kreditkarte gesperrt, als öffentliche Hand wird sie zum Glück nicht gesperrt, hat aber die Kehrseite, dass die Schulden über Generationen abbezahlt werden müssen, also von den Kindern und Enkelkindern. Wenn es ein Notbudget gibt, ist die Konsequenz daraus, dass die Rahmenkredite, die anfangs Jahr für Strassen, Kanäle, Leitungsnetz, Investitionen und dringend notwendige Sanierungen bei den Immobilien nicht freigegeben werden können. Auch Umnutzungen von Verwaltungsgebäuden zu Wohnungen, die uns Mehreinnahmen bringen würden, sind betroffen. Dies hat sicher auch Auswirkungen auf das lokale Gewerbe, da wir anfangs Jahr weniger Aufträge vergeben können.

Ich bitte darum das Parlament, den Rückweisungsantrag abzulehnen und über das Budget und den Steuerfuss zu diskutieren. Ich denke, das sollte möglich sein.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit Jonas Erni: Ich habe null Verständnis für den vorliegenden Antrag. Und zwar genau jetzt in der aktuellen Situation, mitten in einer Pandemie. Denn genau jetzt sind alle staatlichen Ebenen massiv gefordert. Der Bund, der Kanton und auch die Gemeinden. Ich kann Ihnen sagen, was das für meine Abteilung Sicherheit und Gesundheit bedeutet. Die Polizei, die in den vergangenen Monaten extrem viel geleistet hat und Überstunden stemmen musste, wird nicht mehr gleich viele Leistungen anbieten können, wenn Ihre Forderungen umgesetzt werden. Mit einem Notbudget machen Sie uns faktisch handlungsunfähig was über den bestehenden Auftrag hinausgeht. Aber auch abschliessend bei einem neuen Budget, wenn wir Ihre Vorgaben umsetzen, sind Einsparungen in den Bereichen Sicherheit und Gesundheit nötig, die jetzt in der Pandemie am Meisten gefordert sind. Dies gilt nicht nur für die Polizei, sondern auch für die Spitex, die jetzt schon massiv unter Druck ist. Bereits jetzt mussten aufgrund der aktuellen Situation in diesem Bereich Leistungen heruntergefahren werden, wie man den Medien entnehmen konnte mit der Nachtspitex. Auch die Sportvereine werden beeinträchtigt und die Prävention zu guter Letzt. All diese Bereiche sind nur in der Abteilung Sicherheit und Gesundheit. Ich bin sicher, in allen andern Bereichen werden es ähnlich viele Sachen sein, die schlussendlich unserer Stadt schaden, wenn dort massiv heruntergefahren werden muss.

Ich erinnere mich gut, als ich noch im Gemeinderat gewesen bin. Von einem FDP-Mitglied ist damals gesagt worden, die Steuern können jetzt gesenkt werden und wieder erhöht werden, wenn es nötig ist. Jetzt wären wir soweit. Warum ist man jetzt aber nicht bereit? Gilt das damals Gesagte jetzt nicht mehr? Das ist brandgefährlich und schwierig für unsere Stadt.

Erlauben Sie mir noch, dass ich einige von Ihnen direkt anspreche, die einen Bezug zu meiner Abteilung haben oder zur Stadt im Ganzen. Ich fange bei Charlotte Baer an, die die Polizei unterstützt, da es ihr ein wichtiges Anliegen ist. Ich kann dir versichern, wenn wir Millionen einsparen müssen, gibt es keinen Bereich, der ausgelassen wird, auch die Polizei nicht. André Zürrer; ich habe dich hin und wieder im Hallenbad angetroffen. Ist alles überflüssig und unnötig, was wir dort anbieten? Eric Schenk; du hast deine Lehre bei der Stadt Wädenswil absolvieren und abschliessen können. Ist das jetzt der Dank dafür? Sandy Bossert; die gute Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft mit Einbezug in diversen städtischen Gremien – ist das alles nichts? Angelo Minutella; die Energiekommission, das Engagement für

eine nachhaltige Energiewende – ist das alles wertlos? Hans Peter Andreoli; alle Aufträge, die die Stadt ans lokale Gewebe erteilt – ist das überflüssig und unnötig?

Ich bitte Sie, auf die Überweisung des Rückweisungsantrags zu verzichten, da er brandgefährlich, schädlich und unnötig für Wädenswil ist.

Hans Peter Andreoli, BFPW: Es ist wirklich bereits viel gesagt worden und ich dachte, ich muss nichts mehr dazu sagen. Aber in den Diskussionen hat es doch ein paar Sachen gegeben, zu denen ich mich äussern muss. Etwas hat Jonas Erni gerade aufgebracht, was ich es hervorragend finde. Corona: Den Menschen, denen es sonst bereits schlecht geht. Es werden viele Leute weniger Einnahmen haben, weil sie Kurzarbeit hatten, weil Betriebe geschlossen wurden. Die Einnahmen werden weniger sein. Jetzt kommt ihr und sagt, jetzt hauen wir noch einen drauf und erhöhen die Steuern um 4%. Damit strafen wir die Bevölkerung noch mehr. Das kann in dieser Zeit einfach nicht sein. Es ist nämlich genau die falsche Zeit.

Weiter will ich noch etwas zur Eingemeindung sagen. Ich bin dazumal, als die Weisung im Gemeinderat behandelt worden ist, in der Sachkommission gewesen. Ich hätte viele Zitate aus unseren Protokollen bringen können, aber ich bin gerügt worden, man dürfe keine Zitate aus Protokollen verwenden. Dort sind viele Sachen und einige Fragen gefallen, genau in Bezug auf das, was jetzt im Bericht und Antrag steht. Man hat gewusst, dass mehr Strassen und Leitungen dazukommen. Einige wussten sogar, dass das Leitungsnetz in Schönenberg etwas marod ist und man hat bewusst gefragt, es kann doch nicht sein, dass alles ausgeglichen ist und nicht mehr kostet. Die Antwort war; "...doch wir haben alles überprüft, es kostet nicht mehr." Wenn ich sowas höre, denke ich, bin ich damals angelogen worden, hat das nicht gestimmt? Das ist etwas, das ich nicht verstehen kann. Und zu allerletzt, das habe ich jetzt bereits ein paarmal gehört und ich bin auch am Wochenende deswegen angesprochen worden, ist das Gewerbe. Es ist sicher nicht schön, wenn die Stadt mit einem Notbudget leben muss. Thomas Koch hat bereits gesagt, dass wir das nicht aus Spass machen. Es ist uns und insbesondere mir bewusst, dass in den drei Monaten, also bis Ende März, nicht viel gemacht werden kann.

Dann noch zum Punkt betreffend einheimisches Gewerbe. Dafür kämpfe ich schon seit Langem. Das hat leider wieder einen faden Beigeschmack. Wenn man die Steinacherstrasse hinauffährt und sieht, dass eine provisorische Turnhalle gebaut wird, müsst ihr auch darauf schauen, was für eine Firma dort am Werk ist. Diese Firma kommt tief aus dem Aargau. Ich weiss, dass diese Arbeit nicht öffentlich ausgeschrieben worden ist. Denn dann wäre es etwas anderes und es hätte auch jemand aus München kommen können. Also kann es nur ein Einladungsverfahren gewesen sein, dass die Stadt oder der Ausschreiber eingeladen haben. Vielleicht sind auch Wädenswiler eingeladen worden, das könnte schon sein. Aber man hat aus irgendeinem Grund einen Aargauer eingeladen. Nun höre ich, dass das einheimische Gewerbe gestraft wird, weil die Stadt keine Aufträge vergeben kann. Es wäre schön, wenn der Stadtrat immer wieder daran denken würde und auch bei einem Einladungsverfahren die Einheimischen berücksichtigen würde. Dann müsste es an der Steinacherstrasse keine Firma aus dem tiefen Aargau sein, die nun den Baugrubenaushub vornimmt.

Die BFPW/EDU-Fraktion ist für den Rückweisungsantrag auch wenn es ein harter Schritt ist.

Stadtpräsident Philipp Kutter: Mir ist es ein Anliegen auch noch ein paar Gedanken von meiner Seite zur Debatte beizutragen, die ich recht interessant finde. Ich rege an, dass wir in Zukunft, wie es in anderen Parlamenten auch getan wird, jeweils eine Eintretensdebatte beim Budget machen, damit eine Auslegeordnung gemacht werden kann. Das Budget muss ja nicht jedes Mal am Schluss zurückgewiesen werden.

Ich möchte gerne den Legendenbildungen entgegenwirken. Ich fange bei Hans Peter Andreoli an. Bei der Turnhalle handelt es sich um einen Totalunternehmerwettbewerb und dieser wurde öffentlich ausgeschrieben. Den Rest können wir nachher diskutieren. Ob das gescheit ist oder nicht, darüber kann auch diskutiert werden. Es musste schnell gehen, es ist ein Konzept und es sind spezielle Elemente, die du auch nicht zustande gebracht hättest.

Nun zu den ernsthaften Beiträgen. Mehrmals ist gesagt worden, die Steuern müssen erhöht werden und CHF 17 Millionen seien wegen der Gemeindefusion zu suchen. Das meint ihr nicht im Ernst? Millionen sollen die beiden kleinen Gemeinden kosten? Da ist einfach nicht richtig. Wir haben die Modellrechnung gemacht. Zu dieser Modellrechnung stehe ich weiterhin. Wenn ihr nun behauptet, man müsse deswegen die Steuern erhöhen und die Verschuldung sei wegen Hütten und Schönenberg da, dann habt ihr die Bücher nicht wirklich studiert. Es kann sein, dass einmal eine Steuererhöhung gemacht werden muss. Aber dafür gibt es andere Gründe. In diesem Fall ist es unsere Verschuldung. Andere Gemeinden können dieses Loch, das es überall gibt, mit Eigenkapital auffangen. Wir können das nicht, weil wir keines haben. Darum hat der Stadtrat bereits im Budget 2017 eine Steuererhöhung von 3% beantragt. Bekommen haben wir 1%. Dann haben sich die Wolken etwas verzogen und finanzpolitisch ist es wieder etwas besser geworden. Jetzt wissen wir genau, jetzt "stürmt's und chuttet's". Darum stehen wir wieder am gleichen Ort und kommen nun mit 4%. Soviel zu Ursache und Wirkung. Dann sind natürlich auch noch unsere eigenen Bedürfnisse. Unsere und die der Bevölkerung. Diese gehören auch in diese Bücher, und die sind da. Ich habe nichts dagegen, wenn der Gemeinderat dem Stadtrat sagt, er wolle keine Steuererhöhung und stattdessen soll da oder dort gespart werden. Das ist in Ordnung und dafür ist der heutige Abend da. In anderen Gemeinden wird dieser sogar an zwei oder drei Abenden durchgeführt und in anderen Parlamenten macht man ganze Tage dafür. Nicht, dass ich euch das wünsche, aber so sieht eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Budget aus. Man geht in die Details und studiert, wo gespart werden kann. Das macht ihr nicht und das enttäuscht mich. Ich finde es in Ordnung, wenn ihr nicht alles abnickt. Ich habe verschiedenen Personen gesagt, dass ich es verstehe, wenn ihr kritisch hinschaut, gerade bei der Steuererhöhung. Aber dass wir nicht über die Details diskutieren und ausmehren können, was ins Budget soll und was nicht, begreife ich nicht. Angelo Minutella; reden wir doch über die Freizeitanlage und streichen das, wenn es die Mehrheit nicht will. Streichen kannst du auch bei der Soziokultur, du kannst alles. Du bist hier der Souverän und der Vertreter. Nein, ich habe den Eindruck, dass man etwas Unangenehmes zurückschieben will. Aber ich habe eine schlechte Nachricht für euch. Die unangenehme Aufgabe kommt zurück. Sie kommt im Februar und im nächsten Winter wieder zurück. Wisst ihr was im nächsten Winter ist? Genau, Wahlen – und ihr meint, dann geht es besser? Es tut mir leid, ihr habt auch vom Timing nichts begriffen.

Zur Primarschule ist bereits vieles gesagt worden. Man kann unterschiedliche Sachen reinpacken, angefangen bei den Liegenschaften, darum ist es auch so kompliziert. Ich kann euch versprechen, unsere Schulpräsidentin zusammen mit dem Stadtrat Finanzen tun alles, damit wir endlich einmal eine Übersicht erhalten. Und dann sagt Thomas Koch, es grenze an Arbeitsverweigerung, wenn noch keine Ergebnisse vorliegen. Es tut mir leid, das ist eine Geringschätzung erster Güte. Wir haben Corona und alle Leute auf der Verwaltung, im Speziellen in der Schule, arbeiten wie Tiere, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann und damit wir trotz den Masken und all dem anderen Scheissdreck, den wir in diesem Jahr haben, gute Dienstleistungen anbieten können. Ich bitte euch um etwas mehr Respekt gegenüber diesen Leuten. Zum Respekt gehört auch, dass man sich mit den Details des Budgets auseinandersetzt und dass man den FEP anschaut. Dann würde man merken, dass wir im 2022, 2023 und 2024 ins Plus kommen. Jedoch reicht das nicht, um die Steuern herunterzubringen. Jetzt sollen wir innerhalb von zwei Monaten Millionen einsparen, mehr Zeit haben wir nicht, weil nach drei Monaten das Budget beschlossen werden muss, das wisst ihr. Anfangs Februar, also in sechs Wochen, müssen wir ein Budget bringen, das, ich zitiere Thomas Koch: "...ausgeglichen ist und ohne Steuererhöhung auskommt." Wir sparen also innerhalb von sechs Wochen inklusive Weihnachten 7 bis 8 Millionen Franken. Wir gehen nachher zusammen Kaffee trinken und schauen, wie wir das bewerkstelligen können. Was passiert eigentlich, wenn wir den Auftrag nicht erfüllen? Weissst ihr dann das Budget wieder zurück? Also wir schauen alles im März nochmals zusammen an und ihr seht dann, dass das nicht so einfach ist.

Zum Schluss sage ich euch nochmals, es ist eure Aufgabe, das Budget zu behandeln. Ihr wisst es heute vielleicht an uns zurück, aber die Aufgabe bleibt.

(Gemeinderatspräsident Ernst Grand macht auf die fortschreitende Zeit aufmerksam.)

Präsident der GRPK, Christian Gross, SP: Eine kurze Replik zum Votum von Hans Peter Andreoli. Ich will zuerst sagen, dass leider zwei von deinen drei Aussagen falsch sind. Philipp Kutter hat nun etwas korrigiert und nun muss ich leider sagen, alles ist falsch gewesen. Zuerst ein Detail: Die Leitungen in Schönenberg haben gar keinen Einfluss auf unsere Steuern, da sie über Gebühren finanziert werden. Man kann höchstens sagen, dass deshalb die Gebühren steigen. Es ist einfach nicht korrekt, die Leitungen in Schönenberg in irgendeinem Zusammenhang mit unserem Steuerfuss zu setzen. Der grössere Fehler ist jedoch der Steuerfuss. Du hast gesagt, dass es doch nicht sein könne, dass Wädenswil den Steuerfuss erhöht, obwohl doch alle so belastet sind. Zwar verstehe ich das Argument, ich sehe sogar, was du meinst, aber wir stimmen jetzt nicht über den Steuerfuss ab. Wir dürfen ja gar nicht. Das haben wir vorhin beschlossen. Wir stimmen jetzt über die Rückweisung ab. Du könntest ohne Probleme das Budget annehmen und dann für einen tieferen Steuerfuss stimmen. Die CVP hat ja bereits davon gesprochen und wäre somit bei dir.

Daniel Willi, SP: Ich mache es kurz und stelle den Antrag auf eine geheime Abstimmung. Ich habe das Thema vom zurückgewiesenen Budget bereits einmal vor ein paar Jahren in Richterswil erlebt. Ich war damals in der Verwaltung. Es ist sehr einschneidend gewesen und hat zu extremen Verunsicherungen geführt. Wenn wir uns nun vorstellen, dass auch das Gewerbe, da bin ich anderer Meinung als Hans Peter Andreoli, viele Aufträge von der Stadt erhält und davon profitiert, ist es schwierig, in dieser Zeit nichts auslösen zu können.

Es ist wirklich der falsche Moment. Ich glaube die Stadt muss zur jetzigen Zeit antizyklisch agieren und jetzt das Gewerbe unterstützen. Ich kann zahlreiche Maler, Schreiner, Sanitäre und Planer aufzählen, die darauf angewiesen sind, Aufträge zu erhalten, neben dem Gastgewerbe.

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Jetzt ist es 21.00 Uhr. Die offizielle Sitzungszeit ist vorbei. Wir sind sehr weit gekommen in der Diskussion, aber wir brauchen noch etwas Zeit. Ich beantrage darum eine Doppelsitzung. Wir müssen eine Doppelsitzung machen.

Abstimmung über eine Doppelsitzung

Der Rat stimmt einer Doppelsitzung grossmehrheitlich zu.

**** Pause *****

Gemeinderatspräsident Ernst Grand: Uns liegen zwei Anträge vor, nämlich die namentliche Abstimmung und die geheime Abstimmung. Wir stimmen zuerst über die beiden Anträge ab. Bei der namentlichen Abstimmung müssen mindestens 25% der Anwesenden dafür sein (9 Stimmen), damit diese zustande kommt. Bei der geheimen Abstimmung muss ein Drittel (mindestens 12 Personen) dafür sein. Wenn beide Anträge ihr jeweiliges Mehr erreichen – und das kann sein, werden die beiden Anträge [gemäss Art. 40 Abs. 3 Geschäftsreglement Gemeinderat] einander gegenübergestellt. Es kann dann nur noch einmal abgestimmt werden. Die Mehrheit gewinnt.

Abstimmung über den Antrag von Angelo Minutella betreffend Namensaufruf

Der Antrag erreicht das erforderliche Quorum von $\frac{1}{4}$ der Anwesenden gemäss Art. 38 Geschäftsreglement Gemeinderat klar.

Abstimmung über den Antrag von Daniel Willi betreffend geheime Abstimmung

Der Antrag erreicht das erforderliche Quorum von $\frac{1}{3}$ der Anwesenden gemäss Art. 36 Abs. 3 Geschäftsreglement Gemeinderat klar.

**Abstimmung Gegenüberstellung Antrag Abstimmung unter Namensaufruf
gegen Antrag auf geheime Abstimmung**

Der Rat stimmt mit 18:16 Stimmen für die Abstimmung unter Namensaufruf.

Abstimmung unter Namensaufruf über die Budgetrückweisung

Andreoli Hans Peter, BFPW	Ja
Bachmann Gabi, EVP	Nein
Baer Charlotte, SVP	Ja
Bossert Sandy, SVP	Ja
Bühlmann Claudia, Grüne	Nein
Dätwyler Cornelia, FDP	Ja
Fahmy Mona, SP	Nein
Fürst Judith, SP	Nein
Grand Ernst, FDP	Ja
Gross Christian, SP	Nein
Hauser Urs, EVP	Nein
Höhener Patrick, Grüne	Nein
Höhn Edith, SP	Nein
Hug Rita, Grüne	Nein
Knecht Sonja, CVP	Nein
Kronauer Marco, SVP	Ja
Koch Thomas, FDP	Ja
Minutella Angelo, GLP	Ja
Nufer Christian, FDP	Ja
Oehlin Katarina, SP	Nein
Rappazzo Pierre, GLP	Ja
Rasper Nicolas, SVP	Ja
Reiter Ulrich, Grüne	Nein
Roth Hans, SP	Nein
Rubin Pascal, BFPW	Ja
Schafflützel Roman, FDP	Ja
Schärer Roy, SVP	Ja
Schenk Eric, CVP	Ja
Schlatter Martin, EVP	Nein
Schüpbach Nadia, FDP	Ja
Utiger Joël, CVP	Nein
Wiederkehr Lukas, CVP	Nein
Willi Daniel, SP	Nein
Zürcher Bruno, EDU	Ja
Zürrer André, SVP	Ja

Rückweisungsantrag (unter Namensaufruf)

Der Rat stimmt dem Rückweisungsantrag mit 18:17 Stimmen zu.

Das Budget 2021 wird an den Stadtrat zurückgewiesen.

[Eine Festsetzung des Steuerfusses kann ausgangsgemäss nicht erfolgen.]

(Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf entsprechende Frage des Gemeinderatspräsidenten keine Einwände erhoben.)

(Gemeinderatspräsident Ernst Grand schliesst die Sitzung und wünscht allen eine frohe Adventszeit, schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins neue Jahr.)

Ruth Schäfer, Ratssekretär-Stv.